



Protokoll

der 50. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 22. Januar 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz: Claudio Miozzari, Grossratspräsident
Protokoll: Beat Flury, I. Ratssekretär
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: Brigitte Gysin (Mitte/EVP), Johannes Sieber (GLP).

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	3
22.	Budgetpostulat 1 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Mangellage im psychotherapeutischen Angebot wirkt sich negativ aus – notwendige Massnahmen sind rasch umzusetzen)	3
23.	Budgetpostulat 2 Olivier Battaglia betreffend Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 347 Abschreibung Kleininvestitionen (Mobile Beleuchtung für Sportplätze im Kanton Basel-Stadt)	6
24.	Budgetpostulat 3 Tonja Zürcher betreffend Präsidentialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton)	8
25.	Budgetpostulat 4 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS) .	12
26.	Budgetpostulat 5 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidentialdepartement, 370 Kultur, 36 Transferaufwand (Förderung professionelle Vokalensembles)	14
27.	Motion 1 Nicole Kuster-Simon und Konsorten betreffend Finanzsicherung Bachelor Studiengang Sustainable Development	15
28.	Anzug 1 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Rechtsberatung im Sozialhilferecht	15
29.	Anzug 2 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Transparenz und Publikation der grossrätlichen Entschädigungen für alle	19
30.	Anzug 3 Zaira Esposito und Konsorten betreffend Stärkung des Zugangs in den für Diagnostik, Beratung, Betreuung und Pflege spezialisierten Institutionen für demenzerkrankte Personen mit Migrationsgeschichte	21
31.	Anzug 4 Philp Karger und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Türkheimer- Hegenheimerstrasse Verkehrsregime	21
32.	Anzug 5 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Hegenheimer-, Türkheimerstrasse Verkehrsregime	24
33.	Anzug 6 Stefan Suter und Konsorten betreffend Steuererklärung per Todestag	25
34.	Anzug 7 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Velostrassen für Velos statt für Autos	26
35.	Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Velospur in der St. Jakobs-Strasse, Schreiben des RR ...	28
36.	Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend Velofreundlichere Kreiselzufahrten und Kreisel, Schreiben des RR	31
36.1.	Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Sicherheit in Kreisel für Velofahrende, Schreiben des RR	34
37.	Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend intelligente Parkplätze auf öffentlichem Grund: Flexible Marktpreise und sozial-ausgleichende Verwendung der Parkeinnahmen, Schreiben des RR	35
38.	Motion Beatrice Isler und Konsorten betreffend neue Planung für Wohnungsbau entlang Grenzacherstrasse, Schreiben des RR	36
38.1.	Motion Christian von Wartburg und Sebastian Kölliker betreffend weg mit dem Rank, neue Ansätze für Wohnen am Rhein, Schreiben des RR	39



38.2. Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend einer beispielhaften und ökologisch verträglichen Stadtrandentwicklung Ost, Schreiben des RR	39
--	----



Beginn der 50. Sitzung

Mittwoch, 22. Januar 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[22.01.25 09:00:19]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zum letzten Sitzungstag unserer Legislatur und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Kaffeespense heute Morgen und auch heute Nachmittag: Semseddin Yilmaz und René Brigger spendieren an ihrer letzten Sitzung den Kaffee, Semseddin am Morgen und René am Nachmittag. Ich möchte den beiden ganz herzlich für diese grosszügige Geste danken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Verabschiedet werden alle Scheidenden Ratsmitglieder heute Nachmittag vor Ende der Sitzung.

Abgabeschluss persönliche Vorstösse: Das Geschäftsverzeichnis für die Sitzung vom 5. und 12. Februar wird bereits diesen Freitag verschickt. Damit Vorstösse noch abgedruckt werden können, müssen diese bis heute Mittag um 12 Uhr beim Ratssekretariat abgegeben werden. Bitte senden Sie Ihre Vorstösse auch gleich per Mail an den Parlamentsdienst, dann können diese einfacher verarbeitet werden.

Anlass der ILK: Am 4. April findet die Frühjahrstagung der ILK zum Thema «Wie Kantone gemeinsam Sicherheit schaffen» statt. Sie werden heute im Lauf des Tages die Einladung dazu erhalten. Ausgedruckte Exemplare liegen auch hier vorne auf dem Tisch.

Rathausführung heute über Mittag: Um 13.45 Uhr findet die letzte der geplanten Rathausführungen für Ratsmitglieder statt, extra für jene Kommissionen, die bisher nicht teilnehmen konnten, weil sie immer Sitzung hatten über Mittag. Falls Sie nicht mehr wissen, ob Sie sich angemeldet haben für diese Rathausführung dürfen Sie sich gerne an Beat Flury wenden. Er hat auch eine Liste. Oder wenn Sie noch dazukommen möchten, ist das die letzte Gelegenheit.

Und dann habe ich noch einen Hinweis für heute Abend: An unserem Schlussabend habe ich spontan entschieden, dass wir ein Tischtennisturnier anbieten. Also Tischtennis ist auf jeden Fall auf dem Programm, aber wer am Tischtennisturnier mitmachen möchte, ist ganz herzlich eingeladen, sich da vorne in die Liste einzuschreiben. Ich kann Ihnen noch nichts sagen zum Modus oder ob wir einzeln oder Doppel spielen. Das hängt davon ab, wie viele wirklich teilnehmen. Ich hoffe, es sind viele. Wir werden dann über Mittag entscheiden, wie wir das genau umsetzen. Bitte schreiben Sie sich ein, wenn Sie Lust haben, mit dabei zu sein.

22. Budgetpostulat 1 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Mangellage im psychotherapeutischen Angebot wirkt sich negativ aus – notwendige Massnahmen sind rasch umzusetzen)

[22.01.25 09:03:38, 24.5537.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bei allen Budgetpostulaten nicht bereit, sie entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Regierungsrat Lukas Engelberger meldet sich zu Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Gewährleistung einer bedarfsgerechten und qualitativ hochstehenden psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe und betrifft ein sehr komplexes Thema, das von verschiedenen Faktoren beeinflusst wird, Sie wissen das. Wir haben dazu bereits



verschiedentlich berichtet, unter anderem in Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Amina Trevisan betreffend das Problem der fehlenden freien Psychotherapieplätze. Wir haben dabei festgehalten, dass Basel-Stadt im interkantonalen und auch im internationalen Vergleich über ein sehr dichtes und ein sehr leistungsstarkes Angebot verfügt. Dieses wird von der anhaltend starken Nachfrage aber noch übertroffen.

Unsere Abklärungen zwischen den involvierten Stellen im Kanton, den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel-Stadt und den niedergelassenen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben gezeigt, dass insbesondere Faktoren wie Mehrfachbelastungen, ein niedriger sozialer Status, Sprachbarrieren oder das Auftreten bestimmter psychischer Erkrankungen die Suche nach einem Therapieplatz erschweren. Der Regierungsrat verfolgt deshalb das Ziel, die psychotherapeutische Versorgung im Kanton weiter zu verbessern. Wir sind diesbezüglich bereits mannigfaltig engagiert, namentlich im intermediären Bereich werden verschiedene Angebote vom Kanton unterstützt. Dazu gehören zum Beispiel die Tageskliniken und das sogenannte Home Treatment. Die Finanzierung dieser Leistungen wird dem Grossen Rat alle vier Jahre zum Beschluss unterbreitet. Die nächste Periode dauert von 2026 bis 2029. Wir werden also uns in diesem Jahr noch über einen entsprechenden Ratschlag hier auch unterhalten.

Unabhängig davon sind die Leistungserbringer bestrebt, der erkannten Versorgungslücke durch zusätzliche Therapieangebote zu begegnen. Als Beispiel können die UPK mit dem Angebot einer Eltern-Kind-Behandlung und der Frühinterventions-Tagesklinik für junge Menschen von 15 bis 25 Jahren genannt werden. Ergänzend dazu werden die Präventionsprogramme Psychische Gesundheit, Prävention in der Gesundheitsversorgung sowie Chancengleichheit und Gesundheitskompetenz weitergeführt, die direkt oder indirekt die psychische Gesundheit der Bevölkerung stärken. Darin enthalten sind die Massnahmen wie SomPsyNet, die Aktionstage Psychische Gesundheit, Schulworkshops wie wie Start Now oder Irre normal, die Senioren- und Seniorinnentreffpunkte Café Balance und Kaffee Dialog, Fantische, Spirit sorgsam oder Catching Fire.

Diese Programme und Aktivitäten tragen einerseits zur psychischen Gesundheit unserer Bevölkerung bei, helfen andererseits aber auch, die Bevölkerung für psychische Belastungen zu sensibilisieren, frühzeitig Unterstützungsbedarf zu erkennen und den Zugang zu Therapieangeboten möglichst gerecht zu gestalten. Zusätzlich wird 2025 ein neues Programm gegen Einsamkeit lanciert, dass soziale Isolation reduzieren und damit indirekt die psychische Gesundheit fördern soll.

Um noch genauere Daten zu den vorhandenen Therapieangeboten zu erhalten, wird im Jahr 2025 ein Monitoring der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung eingeführt. Die laufenden Massnahmen und Programme zielen darauf ab, die Versorgung nachhaltig und strukturiert zu verbessern. Durch eine Kombination aus gezielter Evaluation, fortlaufender Anpassung der Strategie und langfristigen Investitionen kann die bestehende Versorgung weiter verbessert werden.

Wir sehen das vorliegende Budgetpostulat durchaus als Zeichen der Unterstützung für unsere Bemühungen, möchten Sie aber um Verständnis dafür bitten, dass wir beim verabschiedeten Budget bleiben möchten. Falls sich zusätzlich zu den laufenden Verpflichtungen des Kantons konkrete und erfolgversprechende Handlungsmöglichkeiten ergeben, werden wir die notwendigen Anträge dafür stellen. Das Budgetpostulat beschreibt aus unserer Sicht zu wenig, inwiefern die zusätzlichen Mittel effektiv zur Verbesserung der Therapiesituation im Alltag der Betroffenen beitragen könnte. Folglich beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, das Budgetpostulat nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Amina Trevisan gemeldet.

Amina Trevisan (SP): Ich halte heute mein Votum für die Fraktionen der SP und des GAB.

In den diversen Vorstösse von linker und bürgerliche Seite haben wir in diesem Parlament schon mehrmals darauf verwiesen, dass die gegenwärtige psychotherapeutische Versorgung unzureichend ist. Es gibt einen Mangel an Psychotherapieangeboten und die Wartelisten sind lang. Insbesondere vulnerable Menschen wie Kinder und Jugendliche, Traumatisierte und Gewaltbetroffene sowie Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung müssen lange auf eine ambulante psychotherapeutische Behandlung warten. Für psychisch Erkrankte bedeutet die langen Wartezeit auf einen Therapieplatz eine weitere Belastungssituation.

Schon seit längerem gibt es in der Schweiz und eben auch im Kanton Basel-Stadt zu wenige Fachpersonen aus dem Bereich Psychiatrie und Psychologie, sowie psychologische Psychotherapeut:innen im Verhältnis zur Anzahl Patientinnen und Patienten. Parallel dazu ist die Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen in den letzten Jahren stetig gestiegen. Die SP-Fraktion und die GAB-Fraktionen anerkennen die Dringlichkeit, dass Massnahmen ergriffen werden müssen, um die psychotherapeutische Versorgung rasch zu verbessern. Ich freue mich, dass hier schon ganz viel gemacht wird.

Die SP-Fraktion und die GAB-Fraktion unterstützen deshalb die Forderung nach einer Bedarfsanalyse, die maximal 200'000 Franken kosten darf, aus der Massnahmen abgeleitet werden und in umsetzbare Handlungsanweisungen fliessen sollen. Ziel ist eine Reduktion der gegenwärtigen Mangellage an psychotherapeutischer Unterstützung. Auch wenn die SP-Fraktion und die GAB-Fraktion die Forderung nach einer Berichterstattung zur psychotherapeutischen Mangellage unterstützen, weil das



Problem in diesem Bereich gross ist, nehmen sie gleichzeitig gegenüber dem Vorgehen eine kritische Haltung ein. Statt eines Budgetpostulats hätten die SP-Fraktion und die GAB-Fraktion es begrüsst, wenn die Forderungen in Form eines Anzugs zum Beispiel eingereicht worden wären. Dennoch bitten wir Sie, diesem Budgetpostulat zuzustimmen und es zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Vieles ist gesagt worden, das völlig korrekt ist und hinter dem auch die LDP steht. Wir lehnen aber das Budgetpostulat ganz klar ab, weil eine Untersuchung alleine nicht mehr Plätze generiert. Es ist wie wenn ich eine Diagnose stelle, aber nachher keine Therapie habe. Und das Geld, die 200'000 Franken, ist unserer Ansicht nach völlig unnötig, weil sie einfach nirgends hinführen und genau diese Problematik, die auch die Amina Trevisan aufgezeigt hat, völlig korrekt, die aber auch unser Regierungsrat aufgezeigt hat, völlig korrekt. Aber es schiesst am Ziel vorbei.

Und die Verwaltung bläst das Ganze noch mehr auf. Wir brauchen das Geld wirklich an der Front, wo man wirklich diese Fachpersonen braucht. Und dann haben wir noch ein Kosten-Nutzen-Verhältnis, das wir hinterfragen sollte. Eine Erhöhung des Budgets ist völlig unverhältnismässig, der Nutzen ist ja nicht einmal klar definiert. Ich will doch wissen, wofür ich Geld ausbeuge und doch nicht einfach, weil sich das gut anhört. Wir sind alle einig, dass wir viel zu wenige Plätze haben. Das ist eine Tatsache, aber mit so einem Budgetpostulat erreichen wir gar nichts. Darum stimmen wir hier als LDP geschlossen dagegen, auch wenn wir angesichts der Kreuztabelle keine Chance haben. Aber ich finde es schade, wenn man wieder Geld aus dem Fenster schiesst für nichts und wieder nichts, ohne Resultat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat der Postulant Niggi Daniel Rechsteiner das Wort.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich danke für die Rückmeldungen zum Budgetpostulat. Es ist ja nicht unbedingt einfach das Geld zum Fenster rausgeworfen, sondern es ist ein Kostendach. Wenn ich jetzt Regierungsrat Lukas Engelberger dazugehört habe, läuft ja schon sehr viel. Das wissen nicht alle, und dann wird das Kostendach ja nicht ausgeschöpft. Man muss ja nicht 200'000 Franken ausgeben, sondern man kann auch nur 50'000 Franken ausgeben.

Es geht uns alle an. Die Situation ist nicht gut, und mit den Mitteln sollte eigentlich die Grundlage geschaffen werden, um notwendige Massnahmen oder weitere Massnahmen zu ergreifen. Stellen Sie sich vor, Sie gehen in der Frühe aus dem Haus und laufen an einen Unfall mit Schwerverletzten. Sie helfen vor Ort und es sind allenfalls auch tragische Situationen. In der Folge denken Sie immer wieder an das Ereignis, es tauchen schreckliche Bilder auf und Sie leiden plötzlich an Schlafstörungen. Das ist der Moment, in dem es Sinn macht, psychologische Hilfe in Anspruch zu nehmen, um die Erlebnisse zu verarbeiten, um einer posttraumatischen Störung vorzubeugen.

In diesem Fall kann ich mir vorstellen, dass Sie froh wären, wenn Sie nicht in ein halbes Jahr auf eine Abklärung und Behandlung warten müssen. Das ist, wie wir gehört haben, die Realität. Die ist nicht gut. Die psychotherapeutische Versorgung im Kanton Basel-Stadt ist kritisch, Fachpersonen und Fachstellen beklagen sich über einen Mangel an psychotherapeutischen Ressourcen und sie haben das Gefühl, es ginge zu langsam vorwärts. Lange Wartezeiten für Betroffene sind die Folge, für den Krankheitsverlauf hat das auch schwere Folgen.

Es wurden in der Vergangenheit einige Vorstösse eingereicht, das weiss ich, die sind auch behandelt und teilweise beantwortet und die weisen auch auf diese Situation hin. Es war mir und auch dann involvierten Stellen bis Regierungsrat Lukas Engelberger das ausgeführt hat, nicht bekannt, dass schon mehrere Massnahmen ergriffen worden sind zur Verbesserung. Vor zwei Jahren hat der Regierungsrat eine schriftliche Anfrage beantwortet und festgehalten, dass er gewillt ist, die psychotherapeutische Versorgung im Kanton Basel-Stadt zu verbessern. Das ist gut und das soll auch so bleiben.

Psychische Beeinträchtigungen nehmen seit Jahren aufgrund unterschiedlicher Faktoren zu. Oftmals ist das Umfeld auch von den Auswirkungen betroffen und in vielen Fällen liegen gewalttätiges Verhalten beispielsweise, auch psychische Beeinträchtigungen zugrunde, und es ist davon auszugehen, dass rasches Abklären und Behandlungen zusätzlich einen präventiven Charakter haben. Zahlreiche Studien berichten über die Auswirkungen von zu späten Behandlungen. Diese haben neben den Auswirkungen auf die Gesundheit auch eine Steigerung der Sozialkosten zur Folge. Unbehandelte psychische Erkrankungen erhöhen das Risiko körperlicher Erkrankungen. Das zeigt, dass es wirklich notwendig ist, einen Gang zuzuschalten, um näher an die Problemlösung zu kommen.

Unbehandelte Kinder und Jugendliche haben schlechte Perspektiven. Denken Sie an mein Eingangsbeispiel. Wollen wir Kinder und Jugendliche mit traumatischen Erlebnissen oder psychischen Beeinträchtigungen sich selbst überlassen, um sich danach über die komischen Kreuze in den nächsten Generationen zu beschweren.



Was soll mit dem Budgetpostulat erreicht werden? Mit dem geforderten Kostendach – und ich betone, es ist ein Kostendach –, soll eine umfassende Analyse im Kontext der hängigen Vorstösse des allgemeinen Bedarfs, ganzheitlich und bereichsübergreifend durchgeführt werden. Es sollen verschiedene Aspekte evaluiert werden, also fehlende Stellen, möglicher Einbezug von Assistenzberufen, neue Wege in der Rekrutierung, vereinfachte Anerkennung von ausländischen Fachabschlüssen. Die Reduktion von Folgekosten aufgrund von zu später Abklärung und Behandlung ist ein weiteres Ziel. Es eilt, eine Verzögerung verursacht Mehrkosten, die Gefahr einer Chronifizierung bei nicht oder zu spät behandelten Personen erhöht sich auch bei Verzögerungen.

Ich hoffe, dass meine Ausführungen die Notwendigkeit eine Beschleunigung durch die Bereitstellung der erforderlichen Mittel aufgezeigt haben. Aufgrund der Wichtigkeit der Angelegenheit bitte ich um Überweisung des Budgetpostulats.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über das Budgetpostulat ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 29 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005682, 22.01.25 09:19:21]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem RR zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Postulat wird überwiesen mit 66 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

23. Budgetpostulat 2 Olivier Battaglia betreffend Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 347 Abschreibung Kleininvestitionen (Mobile Beleuchtung für Sportplätze im Kanton Basel-Stadt)

[22.01.25 09:19:36, 24.5538.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist auch hier nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte und haben eine Wortmeldung von Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat Battaglia für eine mobile-Beleuchtung für Sportanlagen abzulehnen.

Die Wassersportanlagen werden sehr gut genutzt und die Infrastruktur für den Breitensport ist begrenzt. Gerade auch hinsichtlich der Legacy-Massnahmen im Zusammenhang mit der Women's Euro 2025 wird eine erhöhte Belegung erwartet und angestrebt. Um die Belegung zu optimieren, prüft das Sportamt derzeit gemeinsam mit den Sportvereinen verschiedene Optionen. Dazu gehören einerseits organisatorische Massnahmen wie zum Beispiel Belegungsoptimierung oder Angebote ausserhalb der oft genutzten Trainingszeiten. Andererseits werden auch bauliche Möglichkeiten geprüft. Mit fixen oder mobilen Beleuchtungsanlagen können die Kapazitäten in den Abendstunden und im Wintersemester auf den Sportanlagen erhöht werden. Wenn die Nachfrage das aktuelle Angebot an beleuchteten Rasenfeldern übersteigt, sind mobile Beleuchtungen unter Umständen eine gute Möglichkeit, um weitere Rasenfelder auch am Abend und im Winter nutzen zu können. Mobil bedeutet in diesem Fall, dass unterschiedliche Flächen beleuchtet und damit genutzt werden können. Das erhöht die betriebliche Flexibilität.



Gleichzeitig müssen solche Beleuchtungsanlagen die Anforderungen an Sicherheit, Beleuchtungsstärke Handling, Bewilligungspflicht usw. erfüllen. Diese Fragen müssen zuerst geklärt werden. Das Sportamt ist betreffend die Klärung dieser Fragen mit dem schweizerischen Fussballverband sowie mit dem Regionalverband im Austausch. Damit soll sichergestellt werden, dass die zur Verfügung stehenden Produkte allen Anforderungen entsprechen und keine Testphase notwendig wird. Sollte sich das Sportamt für die Anschaffung eines oder mehrerer solcher Systeme entscheiden, werden die effektiven Kosten ins Budget einfließen.

Das Budgetpostulat fordert bereits jetzt eine konkrete Erhöhung der Abschreibung für die Anschaffung mobiler Beleuchtung. Da zum jetzigen Zeitpunkt sowohl der konkrete Bedarf als auch die Machbarkeit noch nicht geklärt sind, kann eine Erhöhung noch nicht gesichert werden und kommt deshalb zu früh. Aus diesen Gründen bittet der Regierungsrat, das Budgetpostulat abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Die FDP lehnt dieses Budgetpostulat ab, ebenfalls die Budgetpostulate Nr. 3, 4 und 5.

Die Forderungen sind teils nicht so einfach umsetzbar, wir haben es gerade gehört. Andere gehören eher zur Kategorie Nice to Have, weil in diesem Bereich schon einiges gemacht wird. Aus diesem Grund kann die FDP die Postulate nicht unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Wie Sie der Kreuztabelle entnehmen können, ist die SP hier offen. Wir haben dieses Budgetpostulat relativ breit diskutiert und auf der einen Seite hat sich ein Teil der Fraktion danach dazu entschlossen, dieses Budgetpostulat nicht zu unterstützen, insbesondere auch aufgrund der Argumentation, die teilweise schon von Regierungsrat Mustafa Atici ausgeführt wurde, dass es eben eine relativ kurzfristige Lösung sei, dass man das längerfristig planen müsse und dass man dann durchaus den Sport und das Anliegen auch unterstützen könne, aber eben nicht im Sinne eines jetzt so kurzfristigen Budgetpostulats.

Auf der anderen Seite hat ein Teil der Fraktion überzeugt, dass im Sommer ja die Euro stattfinden wird und in diesem Rahmen eben auch das Ziel, die Legacy, wie es genannt wird, im Raum steht, dass man die Anzahl Spieler:innen verdoppeln möchte und damit eben einen Kapazitätsausbau jetzt auch relativ in naher Zukunft erfolgen sollte. Aufgrund dieser Überlegungen und eben auch aufgrund der Tatsache, dass es Kapazitätsengpässe gibt und dass mobile Anlagen eine Hilfe sein können, hat sich die andere Hälfte der Fraktion entschlossen, dieses Budgetpostulat zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Postulant Olivier Battaglia das Wort.

Olivier Battaglia (LDP): 90'000 Franken und dann noch irgendwann Abschreibungen – ich habe eigentlich ursprünglich ein Budgetpostulat mit 90'000 Franken beantragt und das FD hat mir gesagt, dass das eine Investition ist und entsprechend auf 10 Jahre aufgeteilt werden muss. Also wir reden hier nicht von einer riesigen Investition, aber mit einer sehr grossen Wirkung. Wie die FDP gesagt hat, die Wirkung dieses Vorhabens ist einerseits schon erprobt. Regierungsrat Mustafa Atici hat auch schon erwähnt, dass es Engpässe gibt, dass nicht alle in den dunklen Jahreszeiten Sport treiben können und mit diesem Vorhaben wurde auch zusammen mit den Vereinen und mit dem Sportverband angeschaut, ob die Möglichkeit besteht, dass wir für 2000 zusätzliche Spiel oder Sportler Platz schaffen können, und dass wir dort entsprechend mit ganz bescheidenen Mitteln wirklich eine grosse Wirkung erzielen können.

In dem Sinne ist diese Lösung, die vorgeschlagen worden ist, bereits erprobt und wird in Bern eingesetzt und hat dort auch schon gezeigt, was für einen Effekt es haben kann. In diesem Sinn bitte ich Sie, das Budgetpostulat zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über Budgetpostulat von Olivier Battaglia ab. Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005684, 22.01.25 09:27:37]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem RR zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Budgetpostulat wird überwiesen mit 65 Ja-Stimmen gegen 26 Neins-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

24. Budgetpostulat 3 Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton)

[22.01.25 09:27:49, 24.5539.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist auch hier nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Wir öffnen die Debatte mit Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Man ist, was man isst. Die Ernährung hat einen enormen Impact auf unsere eigene Gesundheit, aber auch auf die Gesundheit unseres Planeten. 25 Prozent aller Umweltbelastungen werden durch das Ernährungssystem verursacht. Wir haben darum sehr zu Recht in Basel-Stadt eine Strategie zur nachhaltigen Ernährung, die SNEBS. Sie nennt verschiedene Massnahmen, welche die Bevölkerung zu einem klimafreundlichen und gesunden Ernährungsverhalten motivieren können, darunter auch die Sicherstellung von nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern. Um die Ziele der Strategie für nachhaltige Ernährung 2030 zu erreichen, braucht es konkrete Aktivitäten.

Jetzt kann man natürlich sagen, dass wir ein sehr kleiner Kanton sind und auf unserer geringen Bodenfläche nicht viel ausrichten können. Aber die meisten Ressourcen werden in den städtischen Regionen verbraucht. Eine Sensibilisierung der Bevölkerung ist eben gerade hier bei uns wichtig. Wir Stadtmenschen haben es nicht so leicht, am eigenen Leib zu erfahren, mit eigenen Händen erkunden zu können, wie aufwendig, aber auch wie eindrücklich und sinnstiftend der Lebensmittelanbau ist. Solche Erfahrungen führen zu mehr Wertschätzung und zu weniger Food waste, auch dies Ziele der Ernährungsstrategie 2030. Plankton bietet Mitmachtage für Kinder und Erwachsene, angeleitet von Fachpersonen. Und auch mit Institutionen arbeitet Plankton toll zusammen, um den Eigenanbau zu fördern, so auch mit dem Kunstmuseum oder dem Kräuterdach auf der Oetlingerbuvette.

Wenn wir unsere städtischen Grünräume vermehrt für Lebensmittelanbau nutzen, kleinteilig und biodivers, tun wir nicht nur etwas Entscheidendes für die Artenvielfalt hier bei uns, sondern auch für die Ernährungssouveränität und die regionale Wertschöpfung. Plankton konnte dank einer Anschubfinanzierung sehr gut anlaufen. Der Bedarf ist da, Sinn und Nutzen liegen auf der Hand und sind in unserer Ernährungsstrategie auch kantonal verortet. Auch konnten Drittmittel akquiriert werden. Es braucht aber weitere Mittel und es macht Sinn, diese einzusetzen in einer bereits existierenden und gut organisierten privaten Struktur.

Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Budgetpostulat eine äusserst nachhaltige Verwendung der Mittel bewirken. Die Unterstützung der Vermittlungsangebote von Plankton ist eine der effizientesten Massnahmen, die wir zur Sensibilisierung der Menschen in unserem Kanton erwirken können, besser als jede Plakatkampagne. Den Weg der Lebensmittel vom Feld bis auf den Teller aufzuzeigen, unser wertvollstes Gut Boden aktiv zu pflegen, das Lokale und das Gemeinsame zu stärken, das sind höchst klimanützliche und ganz konkreten Beiträge unseres Kantons. Auch die Angebote für Schulklassen sind wichtig und beliebt und sie bieten Entlastung für die vollen Wartelisten bei den Angeboten der Meriangärten. Die jüngste



Generation scheint höchst interessiert, die Dinge bei der Lebensmittelproduktion und beim Klima selbst in die Hand zu nehmen. Lassen wir sie ran!

In diesem Sinne beantrage ich im Namen der SP-Fraktion eine Überweisung dieses Budgetpostulates.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich begründe Ihnen gerne kurz, weshalb der Regierungsrat dieses Budgetpostulat auch ablehnt. Ich tue das in Vertretung von Regierungspräsident Conradin Cramer.

Wir anerkennen grundsätzlich den wertvollen Beitrag des Projekts Plankton für den Klimaschutz und für die Biodiversität. Das ist auch der Grund, dass der Regierungsrat das Projekt zwischen 2022 und 2024 in der Pilotphase als Schwerpunktprojekt über den Swisslos-Fonds unterstützt hat. Der Regierungsrat möchte die Projekte dieser Art künftig durch den Swisslos-Fonds Förderschwerpunkt Klimaschutz und Biodiversität unterstützen. Dieser Förderschwerpunkt ist Teil des Klimaschutzaktionsplans Netto Null 2037 und wird derzeit durch das PD und das JSD erarbeitet. Dieser zeitlich befristete Förderschwerpunkt soll Ideen, Projekte und Initiativen von Akteurinnen und Akteuren fördern, die zu den kantonalen Klima und Biodiversitätszielen beitragen.

Der Förderschwerpunkt zielt darauf ab, Projekte im Kantonsgebiet zu unterstützen, die sich an eine möglichst breite und vielfältige Zielgruppe richten und konkrete Angebote für die Bevölkerung beinhalten. Er soll zeitlich befristet auf die Jahre 2025 bis 2028 eingerichtet werden. Während dieser Zeit sollen Erfahrungswerte gesammelt und bei sich abzeichnendem Erfolg eine Lösung zur Anschlussfinanzierung gesucht werden. Wir werden dazu im ersten Quartal des Jahres noch berichten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich habe Regierungsrat Lukas Engelberger zugehört, aber ich habe jetzt nicht ganu verstanden. Sie haben jetzt einen Fördertopf, aber der ist noch nicht so weit und deshalb kann man das jetzt nicht fördern. Das verstehe ich jetzt nicht. Aber die Idee finden Sie trotzdem gut. Die Leute von Plankton, die jetzt im Moment daran sind, Landwirtschaft zu betreiben und Nahrung zu produzieren, können nicht einfach aufhören und warten bis auch die Regierung so weit ist, um die richtigen Förderplätze bereitzustellen. Daher kann ich diesen Einwand nicht nachvollziehen.

Basel-Stadt möchte die nachhaltige Ernährung fördern und ist deshalb 2015 infolge der Expo in Milano gemeinsam mit 200 anderen europäischen Städten dem Urban Food Policy Pact beigetreten. Darin verpflichten sich diese Städte, ihre Ernährung nachhaltig, Klima verträglich, regional und sozialverträglich zu gestalten. Der Verein Plankton, um dessen Unterstützung es sich in diesem Budgetpostulat dreht, vereint alle diese Forderungen. Hier hat sich eine Gruppe sehr engagierter, zumeist Frauen zusammengetan, um in Stadtnähe und in diesem Fall auch auf Riehener Gebiet Nahrung in einem Agrarökosystem zu produzieren, das die Biodiversität auf den Produktionsflächen erhält und fördert, die in diesem Gebiet eher minderwertigen Böden regeneriert und damit schlechtes Ackerland zu produktivem Ackerland aufwertet. Wie die Fachfrauen dies machen, welche Methoden sie anwenden, das vermitteln sie der lokalen Bevölkerung in spezifischen Kursen. Nach dem Prinzip der solidarischen Landwirtschaft können Konsument:innen aus der Region die Produkte zum einen erstehen und teilweise auch bei der Produktion mithelfen. Damit wird der oft beklagten Entfremdung der Bevölkerung von der produzierenden Landwirtschaft entgegengetreten und das Verständnis für die ökologische Landwirtschaft gefördert.

Es ist für das GAB nur schwer nachvollziehbar, dass der Kanton den Anträgen des Vereins in Anbetracht des grossen Mehrwertes für die lokale Bevölkerung, die Biodiversität und das Verständnis für die Landwirtschaft nur sehr teilweise entgegengekommen ist und damit gerade so wenig Unterstützungsgelder gesprochen hat, dass die Zukunft des Vereins nicht als gesichert gelten kann.

In den vergangenen Jahren konnte die Crew beweisen, dass sie fähig ist, gutes Gemüse auf den vorhandenen Böden zu produzieren. Natürlich braucht es gerade dort, wo die Böden wiederhergestellt werden müssen, einfach mehr Zeit und soll sich das Businessmodell langfristig tragen, benötigt es auch das nötige Startkapital über einen etwas längeren Zeitraum. Auch ist angedacht, dass das Modell auf mehr Fläche zu vergrössern sei, um mehr produzieren zu können, damit mittelfristig über den Verkauf und die Wissensvermittlung der nötige Selbstfinanzierungsgrad erreicht wird.

Das GAB bittet Sie daher, diese wertvolle Arbeit nicht in diesem entscheidenden Moment abzuwürgen und die benötigten zusätzlichen Mittel von 35'000 Franken zu sprechen, die im vorliegenden Antrag genannt werden. Würdigen wir damit die immense Leistung, welche die Antragstellerin bereits verbracht hat.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Felix Wehrli. Möchten Sie sie annehmen? Sie wird angenommen.

Felix Wehrli (SVP): So gut das Projekt ist, aber ich verstehe etwas nicht, was bei Plankton steht. Was bedeutet das, wenn hier steht, dass sie sich für den Einbezug einer feministischen Perspektive in der Landwirtschaft einsetzen?

Béla Bartha (GAB): Also Tatsache ist, dass es ein von Frauen getragener Verein ist und dass sich dort vor allem Frauen engagieren in der Landwirtschaft und halt auch die die ganze die Bewegung vorantreiben und auch die wirtschaftliche Koordination machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich sehe, dass das eine Frage ist, auf die man etwas länger antworten müsste. Das können Sie vielleicht noch bilateral fortsetzen. Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich werde die Genderdiskussion natürlich hier überhaupt nicht weiterführen, denn das ist sinnlos. Aber was ich gerne sagen würde, ist, dass die LDP auch dieses Budgetpostulat nicht annimmt. Das sind jetzt einfach Argumente, die aus unserer Sicht einleuchten. Inhaltlich hat niemand etwas gegen die Nachhaltigkeit bei der Ernährung, wir unterstützen dies sogar. Wir wollen keinen Food waste. Das ist etwas vom Schlimmsten auch in meinen Augen als Ernährungsspezialist. Als Arzt habe ich den Titel des Ernährungsspezialisten. Ich muss sagen, Plankton macht wahrscheinlich eine gute Arbeit. Ich weiss es aber nicht, es ist nicht evaluiert worden meines Wissens. Dazu kann sich vielleicht Tonja Zürcher nachher noch äussern oder, oder die Regierung. Ich weiss es nicht, ist die Evaluation nachdem man schon eine Unterstützung gegeben hat durch den Swisslos-Fondswirklich so gut ausgefallen wie es beschrieben wird? Nur zu sagen, es seien Frauen und es ist alles schön und es ist nachhaltig und alles gut, das reicht mir nicht. Ich möchte eine Evaluation haben und auch von der Regierung hätte ich gerne eine Antwort auf meine Frage, die ich da stelle. Und sind diese Mittel wirklich effizient und auch zielgerichtet eingesetzt worden? Auch da habe ich keine Ahnung. Das möchte ich schon noch wissen. Und auch, ob das Kosten-Nutzenverhältnis überzeugend ist oder nicht.

Wenn man etwas als Pilotprojekt – das ist auch so ein Modewort heutzutage – deklariert, erhält man zunächst eine Anschubfinanzierung, die CMS macht das ja auch häufig. Machen wir nun aus allen Pilotprojekte staatlich subventionierte Geschichten? Da sind wir Liberalen absolut dagegen. Das ist nicht der Sinn dahinter, sondern der Sinn dahinter ist wirklich eine Anschubfinanzierung, und dann sollte sich so ein Verein wie Plankton irgendwann einmal selber unterhalten können. Als ich die Website von Plankton angeschaut habe, war ich sehr beeindruckt, in wie vielen Kooperationen sie da zusammenarbeiten. Wo sind denn die Gelder? Immer nur zu sagen, es sei toll, reicht nicht, und dann noch den Steuerzahler zu holen, der wieder Steuergelder in so etwas eingeben muss. Nein, da machen die Liberalen wirklich nicht mit.

Dann ist Plankton nicht einzigartig mit diesem Ziel. Wir haben wir haben diverse andere, die sich auch genau so mit viel Werf und viel Engagement hier einsetzen. Das könnte dann wieder Parallelstrukturen geben, Parallelforderungen auch, und ich glaube wie der Regierungsrat richtig gesagt hat, müssen wir uns jetzt konzentrieren. Ich bin froh, dass Regierungsrat Lukas Engelberger von der Existenz dieser Kasse gesprochen hat. Machen Sie vorwärts, das ist richtig und wichtig. Aber es gibt schon etwas und es wird daran gearbeitet und darum erachtet es die LDP als völlig unnötig, da ein Budgetpostulat einzureichen. Darum sind wir dagegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu Tonja Zürcher, die dieses Budgetpostulat eingereicht hat.

Tonja Zürcher (GAB): Vielleicht zuerst zu meinem Vorredner. Es gibt natürlich hier ganz grosse Berichte, in denen alles aufgezählt wird, was gemacht wurde. Ich hätte Ihnen das gerne geschickt, was es dich tatsächlich interessiert hätte, hätten Sie mich ja vorher fragen können. Jetzt kann ich das nicht alles vorlesen in diesen fünf Minuten.

Ich möchte aber nochmals auf den Grundsatz kommen, und zwar möchte ich Regierungsrat Lukas-Engelberger zitieren: «Das Basler Ernährungssystem soll vom Feld bis zum Teller nachhaltiger werden, ohne Zeigefinger und Verbote, dafür mit Genuss und Wertschätzung.» Und genau darum geht es dem Verein Platon, und um das geht es hier bei diesem Antrag für die Vermittlungsarbeit. Es geht darum, mehr Wissen zu schaffen in der Bevölkerung, aber vor allem auch mehr Wertschätzung für die Produktion von landwirtschaftlichen Produkten und damit auch um das Vermeiden von Food waste. Das soll aber nicht abstrakt auf irgendeinem Plakat stehen, wie wir das sonst so kennen, oder in einer Broschüre oder vielleicht in einem Kurslokal vermittelt werden, sondern direkt auf dem Feld, und nicht nur indem man zuschaut und vielleicht zuhört, was die Leute da machen, sondern selbst mit anpackt. Die Mitmachtage sind das Kernstück der Vermittlungsangebote, über die wir heute sprechen und die finden auch nicht irgendwo statt, sondern bei uns im Kanton und



ich denke, das ist auch spannend. Ich glaube nicht alle in unserem Kanton zumindest im städtischen Teil wissen, dass in Basel-Stadt Landwirtschaft betrieben wird. Ich denke, nur schon das ist sicher interessant zu wissen und wirklich mal hier auf das Feld geht.

Dazu kommen eben Angebote für Schulklassen, auch die gehen aufs Feld, es gibt Führung, es gibt Veranstaltungen, es gibt die Präsenz an verschiedenen Themenmärkten und so weiter. Und mit all diesen Angeboten fördert Plankton ganz konkret die Wertschätzung für die lokale Produktion, für die lokalen Produkte und eben auch für die Menschen, die hinter dieser Nahrungsmittelproduktion stehen, also eben auch für die Bäuerinnen und Bauern. Und ich denke gerade alle die sich sonst sehr für die Landwirtschaft einsetzen, sollten hier das auch sehen und dafür sein.

Noch zur Finanzierung: Es wurde bereits gesagt, es gab diese Teilfinanzierung vom Swisslos-Fonds für die Pilotphase. Diese wurde erfolgreich abgeschlossen und jetzt geht es um die Frage, wie geht es weiter? Es wurde sehr viel aufgebaut. Es gibt bereits einen grossen Teil der Vermittlungsangebote. Es gibt diese Mitmachtage an verschiedenen Nachmittagen über das ganze Jahr. Selbst im Winter kann man auf das Feld, wenn man sich das zumuten mag, und vielleicht auch da spüren, was Bäuerinnen und Bauern auch im Winter machen müssen.

Es geht jetzt aber darum, dass das weitergeführt werden kann. Es ist schön, wenn in Aussicht gestellt wird, dass es vielleicht in Zukunft, wenn es diesen Klimafinanzierungstopf über den Swisslos-Fonds irgendwann gibt, darüber stattfinden kann. Aber das hat zwei grosse Nachteile. Das eine ist eben, jetzt wissen wir das noch nicht, das heisst, es wird jetzt unterbrochen, es kann nicht weitergehen. Und es ist auch dann wieder befristet. Solche Angebote gerade im Bildungsbereich, im Sensibilisierungsbereich, sollte nicht einfach nur auf zwei bis drei Jahre gemacht werden, sondern es braucht auch Zeit, bis das alle mitbekommen, bis auch die Schulklassen das integriert haben.

Noch vielleicht zur Klärung: Es gibt bei Plankton zwei Bereiche bei der Finanzierung. Es gibt einerseits die Nahrungsmittelproduktion im engeren Sinn, die das Ziel hat, selbsttragend zu werden. Da ist man auch schon relativ weit, obwohl man sehr erschwerte Bedingungen hat mit Böden, die wie gesagt nicht sehr gut sind. Es sind auch kleine Flächen, die eine sehr effiziente Bewirtschaftung schwieriger machen, und es braucht eben auch Zeit. Aber in diesem Bereich ist man wirklich auf gutem Weg. Wir sprechen hier nicht über die Nahrungsmittelproduktion, sondern über die Vermittlung. Und wenn Sie niederschwellige Bildungsveranstaltungen, Vermittlungsangebote machen wollen, dann können Sie nicht 100 Franken verlangen für einen Tag mitten in der Woche, das funktioniert nicht. Deshalb können diese in dieser Form nicht selbsttragend werden. Sie haben sich sehr bemüht auch um Unterstützung von verschiedenen Stiftungen, zum Beispiel zahlt auch die Roche bereits einen Beitrag daran. Es gibt auch einen Beitrag vom Swisslos-Fonds, aber es reicht eben nicht.

Also wenn wir möchten, dass wir auf eine praktische, anpackende Art und Weise gegen Food waste vorgehen möchten und vermitteln wollen, was die Arbeit auf dem Feld bedeutet, dann bitte ich Sie jetzt, diesem Budgetpostulat zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über das Budgetpostulat von Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005686, 22.01.25 09:47:12]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem RR zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Budgetpostulat wird überwiesen mit 55 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.



25. Budgetpostulat 4 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS))

[22.01.25 09:47:24, 24.5540.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wie gehabt ist der Regierungsrat nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Als erster Sprecher hat sich Oliver Bolliger gemeldet.

Oliver Bolliger (GAB): Vielleicht kennen Sie das Sprichwort «leine Kinder kleine Sorgen, grosse Kinder grosse Sorgen». Es ist klar, dass dies im Leben nicht immer so stimmt, aber das Erwachsenwerden ist heutzutage sicher nicht einfacher geworden.

Die FMS Basel ist eine wichtige Bildungseinrichtung im Anschluss der obligatorischen Schulbildung und ein Sprungbrett für attraktive und anspruchsvolle Ausbildungen an Fachhochschulen. Über 1000 Schüler und Schülerinnen im Alter von 15 bis 19 Jahren besuchen die FMS und die Schülerzahl ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Es ist also eine beliebte Schule. In diesem Alter befinden sich die Schüler und Schülerinnen in einer entscheidenden Lebensphase mit vielen Herausforderungen und Möglichkeiten, aber auch des Zweifels und persönlicher Probleme Schulabschluss, Ablösungsprozesse von den Eltern, Berufsfindung oder Auswahl des Studiums, erste Liebesbeziehung, aber auch Schulstress, Streit zu Hause, Drogenkonsum, Gewalt, psychische Erkrankung, Mobbing, tiefe Lebenskrise bis hin zu Suizidalität.

Die Schulsozialarbeit hat sich seit Jahrzehnten an den Schulen auf der Primar- und Sekundarstufe bestens etabliert. Sie ist als Angebot nicht mehr wegzudenken. Übrigens ist sie entstanden damals aus der Schliessung der Notschlafstelle für Jugendliche, also eigentlich in einem anderen Bereich vom Alterssegment her.

Aus Sicht der Jugendhilfe kann ich Ihnen sagen, die Schulsozialarbeit wäre auf der Oberstufe dringend notwendig. Die hohe Zahl von Lernenden, die aufgrund persönlicher wie struktureller Problemen wieder ausscheiden, könnte sicher minimiert werden. Es war mir schon immer ein Rätsel, weshalb die Schulsozialarbeit ab einem Alter von 15 Jahren nicht mehr notwendig sein sollte. Es wäre wichtig, in schwierigen Lebens- beziehungsweise Schulmomenten einen niederschweligen Hilfefzugang garantieren zu können und deswegen braucht es Schulsozialarbeit eben auch vor Ort an den Schulstandorten, auch an der FMS, aber auch an den Gymnasien. Der schulppsychologische Dienst ist auch zu weit weg und hat auch einen anderen Fokus. Dies könnte je nach Fragestellung anschliessend zum Zuge gekommen.

Das GAB unterstützt das vorliegende Budgetpostulat um die Lancierung eines Pilotprojekts der Schulsozialarbeit, die man ja schon lange kennt an der FMS. Dies ist schon seit Jahren überfällig und es ist an der Zeit, hier nun vorwärts zu machen. Und es versteht sich von selbst, dass sich die Schulsozialarbeit auf der Oberstufe inhaltlich anders ausrichten muss und andere Konzepte entwickelt werden müssen. Die Vernetzung in Zusammenarbeit mit anderen Unterstützungsangeboten ist da enorm wichtig. Die Schulsozialarbeit auf der Oberstufe kann sich nicht allein auf die Arbeit im Schulhaus beschränken. Sie muss zwingend systemisch ausgerichtet sein und Elemente der Früherkennung, der Prävention und der Elternarbeit miteinbeziehen. Besten Dank für die Unterstützung des Budgetpostulats.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP-Fraktion hat sich entschieden, der Überweisung dieses Budgetpostulats nicht zuzustimmen. Diese Entscheidung basiert jedoch nicht auf inhaltlichen Aspekten, sondern beruht vielmehr auf formalen Gesichtspunkten, die wir für entscheidend halten. In unserer Position sind wir uns der Bedeutung der Schulsozialarbeit voll und ganz bewusst. Daher sind wir der Überzeugung, dass die Forderung nach der Einführung von Schulsozialarbeit, wie sie in diesem Budgetpostulat formuliert ist, mit einem grösseren Weitblick und einer geeigneten Steuerung in Form einer Motion angegangen werden sollte. Eine solche Herangehensweise würde es uns ermöglichen, Schulsozialarbeit flächendeckend an allen Mittelschulen einzuführen und gleichzeitig einen umfassenden Überblick über die bestehenden Angebote zu gewinnen. Auf diese Weise könnte gezielt eruiert werden, wo es noch Lücken im Angebot gibt und welche zusätzlichen Massnahmen nötig sind, um Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu unterstützen. Den Schülerinnen und Schülern der Mittelschulen steht das Unterstützungsangebot Loop zur Verfügung, welches speziell für junge Menschen in schwierigen psychosozialen Situationen ins Leben gerufen wurde. Ursprünglich als Pilotprojekt gestartet, ist es seit 2022 ein Regelangebot.

In Anbetracht dieser Entwicklungen erachten wir den im vorliegenden Budgetpostulat geforderten einmaligen Betrag für ein Pilotprojekt, dass sich ausschliesslich auf die FMS konzentriert, als nicht zielführend. Vielmehr wäre es, wie gesagt, von weit



grösserer Relevanz und Wirkung die Schulsozialarbeit an sämtlichen Mittelschulstandorten anzubieten. Dadurch könnte gewährleistet werden, dass alle betroffenen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, ein niederschwelliges Beratungs- und Präventionsangebot in Anspruch zu nehmen. Natürlich hat dieser erweiterte Ansatz ein Preisschild, doch wir wissen alle, je früher junge Menschen die notwendige Unterstützung erhalten, desto besser sind ihre Chancen und Perspektiven für die Zukunft. Aus diesem Grund ist es sowohl finanziell als auch gesellschaftlich sinnvoll, die notwendigen Mittel in ein umfassendes Konzept der Schulsozialarbeit für die Mittelschulen zu investieren.

Wir sind uns bewusst, dass eine rasche Umsetzung von grosser Bedeutung ist und von vielen Seiten gewünscht wird. Wir teilen diese Einschätzung voll und ganz. Es ist uns aber ebenso wichtig zu betonen, dass eine Motion für die Schulsozialarbeit an sämtlichen Mittelschulen, die im Einklang mit den bestehenden Angeboten und Strukturen steht, ebenfalls rasch und effizient umgesetzt werden kann. Dies würde letztlich nicht zu einer kurzfristigen, sondern zu einer langfristig tragfähigen Lösung führen, die den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht wird.

In Anbetracht dieser Überlegungen bitten wir Sie daher, dieses Budgetpostulat nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Das Budgetpostulat von Sasha Mazzotti möchte ein Pilotprojekt für eine Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule FMS. Ich halte mich kurz: Grundsätzlich möchte ich erwähnen, dass die Schulsozialarbeit an unseren Schulen eine tolle Arbeit macht und dazu beiträgt, dass Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern in schwierigen Situationen Hilfe und Unterstützung erhalten. In diesem Bereich hat das Erziehungsdepartement in der Vergangenheit auch immer wieder wichtige Investitionen unternommen.

Aus finanzpolitischen Überlegungen lehnt der Regierungsrat eine Erhöhung des Budgets für das Erziehungsdepartement 150'000 Franken zur Einrichtung eines vorerst zeitlich begrenzten Pilotprojekts Schulsozialarbeit an der FMS ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt dieses Budgetpostulat. Es stimmt, dass die sozialen Belastungen steigen. Die führt auch zum Absentismus der Schülerinnen und Schüler, was das Erziehungsdepartement auch bekämpfen möchte, aber indem es den Zugang zu den Abschlussprüfungen erschwert. Mit diesem Pilotprojekt können eben die nötigen Daten erfasst werden, gegen Absentismus ein anderes Instrument zu finden als eines, das auf Verbote setzt, wie es das Erziehungsdepartement gerne möchte. Zudem begrüssen wir sehr, dass jetzt von linker Seite ein Pilotprojekt lanciert wird und nicht gleich wie üblich flächendeckend ihre Idee umgesetzt werden soll. Ich denke, wir können daraus sehr gute Schlüsse ziehen und ich danke Ihnen für die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat die Postulantin die Sasha Mazzotti das Schlusswort.

Sasha Mazzotti (SP): Vor Jahren noch in der letzten Legislatur hatte ich eine schriftliche Anfrage eingereicht zum Thema Schulsozialarbeit auf der Sek 2-Stufe. Der Antwort entnahm ich, dass da ein Bedürfnis besteht und wir haben das heute auch von anderen Rednerinnen und Rednern gehört.

Es verging einige Zeit. Ich wollte dann einen Anzug einreichen und habe Kontakt aufgenommen mit dem ED. Der damalige Leiter hat gesagt, es läuft alles bestens und ich müsse mich nicht weiter darum kümmern. Dem war leider nicht so.

In Anbetracht der Kreuztabelle gehe ich jetzt nicht weiter darauf ein, welche Angebote auf der Sekstufe vorhanden sind respektive nicht vorhanden sind. Viel wichtiger, warum ist es notwendig auf der Sek 2 Stufe? Oliver Bolliger hat da einiges schon erwähnt. Es gibt ja auf der Volkstufe 1 bis 2 Schulsozialarbeitende an den Primar und Sek 1-Schulen. Sie sind die Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche mit Problemen und Sorgen an der Schule, aber eben auch familiäre Sorgen, Konflikte, Mobbing, psychische Probleme, um nur ein paar zu aufzuzählen. Wo Schulsozialarbeitende nicht direkt helfen können, und das erscheint mir auch wichtig, machen sie eine Triage, denn sie wissen, wo man welche Hilfe kriegen kann und wie. Die Lehrpersonen sind für diese Arbeit nicht ausgebildet und müssen sich wahrlich um andere Sachen in diesem Zusammenhang Schule kümmern.

Mit diesem Budgetpostulat geht es also darum, ein Angebot zu schaffen für Schülerinnen und Schüler, die eigentlich schulisch leistungsstark wären, aber aus psychischen und familiären Gründen nicht mithalten können. Es ist hier uns im Rat immer wieder ein Anliegen, dass möglichst viele Menschen einen Abschluss machen. Es gibt zurzeit ja auch zwei Vorstösse



zu dem Thema aus unterschiedlichen politischen Lagern. Mit grossem Interesse und Zuversicht habe ich dem jetzigen Leiter der Mittelschulen zugehört, als er uns in der Kommission vom Vorhaben des ED berichtet hat, wie die Ausbildungsabschlussquote erhöht werden soll. Es gibt also verschiedene Möglichkeiten und Wege, junge Menschen zu unterstützen, damit sie einen Schulabschluss bekommen.

Das Budgetpostulat für ein Pilotprojekt an der FMS ist da nur ein Rädchen im Getriebe. Obwohl es längerfristig ein Bestreben ist, dass auch an anderen Standorten der Sek 2 die Schulsozialarbeit implementiert werden soll, erscheint es uns wichtig, anhand eines Pilotprojektes herauszufinden, wie das genau aussehen soll, wie sich das Angebot auf der Sek 1- und der Primarstufe unterscheidet und was sinnvoll und gewinnbringend ist.

Zur Finanzierung: Da logischerweise nicht jedes Jahr ein Budgetpostulat eingereicht werden kann, ist die Idee, dass es fürs erste Jahr reicht. Das ist der Lohn einer 80 Prozentstelle plus eine Evaluation. Das ED wird dann innerhalb des Departements das Geld auftreiben müssen oder einen Ratschlag machen, oder – Danke an die LDP – wir machen eine Motion. Interessant ist ja, dass wir hier zuerst einen Pilot machen möchten, damit man da möglichst sinnvoll das Geld einsetzen kann und nicht direkt alles in eine Motion stecken muss.

Die Zahl 155'000 Franken ist nicht einfach aus dem Ärmel geschüttelt. Ich komme folgendermassen auf die Zahl: In Zürich wird pro Schülerinschüler für die Schulsozialarbeit mit einem Betrag von rund 240 Franken gerechnet, wobei sie in Zürich höhere Löhne haben. Das Pilotprojekt könnte mit einer 80 Prozent-Stelle besetzt werden. Schulsozialarbeitende in der Volksschule sind Lohnklasse 14 und bei einer 100 Prozent-Stelle wären das 150'00 Franken, es ist eine 80 Prozent-Stelle, da bleibt noch etwas für eine Evaluation oder eine wissenschaftliche Begleitung. Das Pilotprojekt sollte erstmal an der FMS stattfinden, da dort der Anteil der belasteten Schülerinnen und Schüler hoch ist.

Und bevor Sie fragen, ob die Politik jetzt nicht hier wieder irgendeine Idee überstülpen möchte, was sie für sinnvoll erachten: Ich habe, nachdem ich das Budgetpostulat eingereicht habe mit der Schulleitung Kontakt aufgenommen, auch mit dem Verband FSS. Sie finden das sehr sinnvoll. Bitte unterstützen Sie auch daher dieses kleine, aber in Einzelfällen vielleicht auch lebensrettende Rädchen im Getriebe, dass es gut läuft. Vielen Dank für die Überweisung des Budgetpostulats.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über Budgetpostulat Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 21 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005688, 22.01.25 10:02:11]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem RR zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Budgetpostulat wird überwiesen, es liegen 70 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und eine Enthaltung vor.

26. Budgetpostulat 5 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, 370 Kultur, 36 Transferaufwand (Förderung professionelle Vokalensembles)

[22.01.25 10:02:23, 24.5541.01]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen und der Postulant möchte uns etwas mitteilen.

Bruno Lötscher-Steiger: Ich ziehe dieses Budgetpostulat zurück, einerseits aufgrund der Kreuztabelle aber andererseits auch, weil ich gesehen habe, dass dies nicht das richtige parlamentarische Instrument ist, das ich hier verwendet habe. Ich wollte wohl etwas zu schnell vorwärtsgen, weil ich überall gehört habe, der Handlungsbedarf sei anerkannt, es sei ein echtes Problem, man müsse etwas machen, aber die Ansprechgrundlage sei noch nicht geschaffen. Wie heute mehrfach gesagt wurde, um Pilotversuche zu machen, ist das Budgetpostulat oft tatsächlich nicht das richtige Instrument ist. Ich möchte festhalten, es ist ein echter Bedarf vorhanden, es braucht eine gewisse Strukturförderung, wenn wir möchten, dass in diesem Umfang weiterhin so hoch klassische Vokalensemble weiterbestehen können, wir haben für andere Ensemble andere Möglichkeiten. Die Abteilung Kultur hat dies anerkannt. Wahrscheinlich ist es das beste, wenn wir das analog zum Orchesterfördermodell machen würden, dass einen gewisse Strukturförderung möglich wird. Ich akzeptiere, dass dies auf diesem Weg nicht möglich ist und hoffe, dass die Verwaltung einen Weg findet, vielleicht noch in diesem Jahr, um aufzuzeigen, wie das gehen könnte und ziehe dieses Budgetpostulat formell zurück.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Budgetpostulat wurde zurückgezogen.

27. Motion 1 Nicole Kuster-Simon und Konsorten betreffend Finanzsicherung Bachelor Studiengang Sustainable Development

[22.01.25 10:05:02, 24.5498.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde zurückgezogen.

28. Anzug 1 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Rechtsberatung im Sozialhilferecht

[22.01.25 10:05:10, 24.5474.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Pascal Messerli bestreitet dies.

Pascal Messerli (SVP): Wenn die Kreuztabelle nicht so eindeutig ist, bin ich zumindest formell der Meinung, dass wir doch darüber abstimmen sollten. Das ist der erste Grund, weshalb ich mich jetzt spontan melde und den Anzug bestreite, ohne etwas vorbereitet zu haben. Aber es ist ja auch so, dass es doch schon einige Angebote gibt in diesem Bereich, beispielsweise die GGG Migration, über die sehr viele Anwälte immer mal wieder eine unentgeltliche Rechtsauskunft geben, wo man auch 15 Minuten reingehen kann und dann eine entsprechende Auskunft erhält. Es gibt ja auch die unentgeltliche Rechtspflege, wenn man mittellos ist und das Verfahren nicht aussichtslos ist.

Wir sind der Meinung, dass es bei diesem Angebot bleiben sollte. Wir sind nicht der Meinung, dass man zusätzliche Angebote oder zusätzliche unentgeltliche Rechtsprechungen in Anspruch nehmen sollte, wenn das Verfahren beispielsweise völlig aussichtslos ist oder wenn es gewisse Leute gibt, welche etwas querulantisch tätig sind. Da sind wir dann schon der Meinung, dass die Rechtsprechung und dieses System, das wir jetzt haben, in dieser Art und Weise so sinnvoll ist und genügt und es nicht noch zusätzliche Angebote benötigt im Sozialhilferecht.

Aus diesem Grund bestreite ich im Namen der SVP-Fraktion die Überweisung dieses Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächst der Einzelsprecher ist Niggi Daniel Rechsteiner.



Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Vorausschauend und präventiv melde ich mich jetzt kurz bevor es heisst, die GLP sei nicht liberal und unterstütze den Ausbau von Fachstellen und trage somit zu einer Kostenexplosion bei.

Ich verstehe den Anzugstext als Fragestellung und Aufforderung zur Abklärung der Möglichkeiten zur Gewährung einer Unterstützung im Fall von Problemen von Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe. Das ist auch kein Misstrauensvotum gegenüber den Fachleuten bei der Sozialhilfe Basel-Stadt. Es gibt aber immer wieder Fälle, die auf den ersten Blick vielleicht klar und unkompliziert aussehen und im regulären Prozess gewisse Faktoren übersehen werden können, die eine Ablehnung oder Reduktion der Unterstützungsleistungen zur Folge haben. Betroffene Personen, welche sich an die Sozialhilfe wenden, sind meist von der Situation selbst überfordert und sehen sich bürokratischen Hürden gegenüber. Zurecht müssen Nachweise zu Einkommen und Vermögen beigebracht werden und die Abklärungen sind wichtig.

In Problemsituation sehen die Klienten sich aber meist nicht imstande und haben auch nicht die erforderlichen juristischen Kenntnisse, um ihre Rechte wie beispielsweise Einsprachen geltend zu machen. Es braucht für diese Fälle eine Beratungsmöglichkeit, um mögliche Massnahmen abzuschätzen und die Ausschöpfung der Rechtsmittel nur dann zu empfehlen – und das ist wichtig –, wenn dies auch wirklich Sinn macht und gerechtfertigt ist. So können Kosten eingespart werden und es entstehen bei den Betroffenen keine falschen Hoffnungen.

Ich unterstütze diesen Anzug, weil ich der Ansicht bin, dass es eine lokale juristische Beratung geben soll, auch wenn es schon andere juristische Beratungsstellen gibt, aber mit einem anderen Zweck. Der Regierungsrat soll demgemäss prüfen und berichten, wo ein möglicher Bedarf ausgemacht werden kann, wie gross das Volumen überhaupt ist und mit welchen Mitteln juristische Unterstützung von betroffenen Personen gewährleistet werden kann, allenfalls auch mit bestehenden Beratungsstellen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Die Sozialhilfe ist das letzte Netz im System der sozialen Sicherheit in der Schweiz. Wer durch die Maschen dieses Netzes fällt, der fällt tief und er fällt so tief, dass es oft schwierig ist, wieder aufzusteigen.

Konflikte zwischen der Sozialhilfe und ihren Klienten können daher schwerwiegende Konsequenzen haben. Für die Betroffenen geht es um nichts weniger als um die Sicherung ihrer materiellen Existenz. Der Rechtsschutz in der Sozialhilfe ist ja aus diesem Grund ein sensibles und ein wichtiges Thema. Der Zugang zum Recht und zum Rechtsschutz ist gerade in diesem Bereich umso wichtiger. Und dafür genügt es eben nicht, wenn der Rechtsweg im Gesetz garantiert wird, und es genügt auch nicht, wenn die betroffenen Personen via Rechtsmittelbelehrung auf die rechtlichen Möglichkeiten aufmerksam gemacht werden. Und es genügt eben auch nicht, die Menschen in die 10-minütige Rechtsberatung bei den Gewerkschaften oder bei der Advokatenkammer zu schicken. Ich mache diese Rechtsberatungen regelmässig selbst und diese 10 Minuten reichen, wenn es hochkommt, gerade einmal dazu, das Problem zu erfassen. Inhaltliche, konkrete Unterstützung oder gar Begleitung ist schlicht nicht der Zweck von diesen Beratungsangeboten. Und es genügt auch nicht, auf die unentgeltliche Rechtspflege zu verweisen, denn diese wird gerade in den Sozialhilfefällen nicht gewährt, weil es die Untersuchungsmaximen gib oder weil dann im Nachhinein gesagt wird, das Anliegen sei von Beginn aussichtslos gewesen. Ich kenne hier Fälle, da werden auf drei Seiten die Argumente auseinandergenommen und danach wird gesagt, es sei im übrigen sowieso aussichtslos gewesen.

Nein, das genügt nicht. Es ist vielmehr die staatliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das Recht auf Rechtsschutz gerade von den weniger privilegierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern gewährt wird. Der Staat hat eine aktive Pflicht zum Handeln, um dafür zu sorgen, dass der Rechtsweg und die Rechtsweggarantie nicht nur ein Versprechen auf dem Papier ist, sondern Realität für alle Menschen. Und dafür braucht es eine gezielte Stärkung von niederschwelligen Rechtsberatungsstellen und ihre Ressourcen und Kompetenzen. Dies beinhaltet eine Sicherstellung und gegebenenfalls auch der Ausbau der Beratungskapazitäten, aber auch eine Förderung der Vernetzung zwischen den Akteuren und des fachlichen Austausch. In anderen Rechtsbereichen – ich denke hier an die Opferhilfe oder auch an das Sozialversicherungsrecht – sind solche Rechtsberatungen gang und gäbe, etabliert und anerkannt, und ich denke, es ist Zeit, dass wir dies nun auch im Bereich der Sozialhilfe machen. Daher bitte ich Sie, den vorliegenden Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Bei jedem staatlichen Handeln besteht die grundsätzliche Problematik, dass das Handeln nicht transparent und nicht verständlich ist oder gar Unrecht erzeugt. Seit bald 30 Jahren arbeite ich in der sozialen Arbeit und die Fragestellung über das Gewähren beziehungsweise das Nichtgewähren von finanziellen Leistungen aus den



Sozialversicherungen wie beispielsweise aus der Invalidenversicherung oder der Sozialhilfe gehört zum Alltag und taucht wahrscheinlich wöchentlich an Teamsitzungen der sozialen Institutionen in dieser Stadt auf, in irgendeiner Weise.

Dies müssen wir nüchtern akzeptieren und lässt sich auch mit der besten Arbeit nie wirklich verhindern. Unabhängige Rechtsberatungsstellen sind deswegen von grosser Bedeutung. Deshalb wurde beispielsweise vor Jahrzehnten auch die Pro Cap gegründet, die heisst jetzt unterdessen anders, um die Rechtsberatung für Betroffene gegenüber der Invalidenversicherung zu stärken.

Im Sozialhilferecht und gegenüber den Behörden der Sozialhilfe besteht ebenfalls seit langem ein Bedarf an einer unabhängigen Fachstelle für Sozialhilferecht, wie wir dies vom Kanton Zürich her kennen. Sozialhilfe ermöglicht das Überleben in grosser finanzieller und persönlicher Not. Eine unabhängige Fach- und Rechtsberatungsstelle wäre gerade in diesem sehr heiklen Bereich von grosser Bedeutung und es ist an der Zeit, die entsprechenden Strukturen auch in Basel auf- und auszubauen beziehungsweise zu etablieren.

Der Forschungsbericht Rechtsberatung und Rechtsschutz Armutsbetroffener in der Sozialhilfe vom Januar 2021 zeigt die bestehenden Lücken auf und empfiehlt entsprechende Massnahmen. Auch hier liegt der Fokus auf unabhängiger Rechtsberatung und Ombudsstellen in der Sozialhilfe. Diese Studie ist Teil der nationalen Plattform gegen Armut. An deren Veranstaltungen haben sich wiederholt armutsbetroffene Menschen für eine solche niederschwellige und unabhängige Rechtsberatung ausgesprochen. Bestehende Beispiele zeigen auf, dass solche Angebote deeskalierend und auch qualitätsfördernd wirken.

Auch die SKOS unterstützt grundsätzlich diese Stossrichtung. Neben der Notwendigkeit, unabhängige Beratungsstellen im Asylverfahren zu haben, ist es eigentlich offensichtlich, dass auch im Sozialhilferecht ein solcher Bedarf besteht. Daher brauchen wir auch in Basel die von vielen Kreisen geforderte unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht. Die Überweisung dieses Anzugs an die Regierung ist deswegen deutlich angezeigt und das GAB steht voll dahinter und wird den Anzug überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Ich möchte Oliver Bolliger zuerst ein bisschen korrigieren. Er hat gesagt, dass staatliches Handeln sehr oft intransparent und nicht rechtmässig sei. Das ist nicht so. Ich war lange genug am Gericht, dass ich das verneinen kann.

Die LDP ist dagegen und zwar aus folgenden Gründen: Man muss die grösseren Zusammenhänge sehen und Zusammenhänge, dass man jetzt in jedem Rechtsgebiet, im Arbeitsrecht, im Mietrechte, bei der Opferhilfe, im Sozialrecht, im Asylwesen, solche Einzellösungen macht. Wenn schon, muss man die unentgeltliche Rechtsberatung gesamthaft anschauen und nicht so Einzellösungen anstreben, dann die führen dann tatsächlich zu Ungerechtigkeiten.

Und dann gilt es auch darauf hinzuweisen, dass es selbstverständlich solche Angebote gibt. Es ist ja nicht so, dass es noch gar nichts gibt. Es gibt das, man sollte das ausbauen und nicht ständig neue Fachstellen oder neue Beratungsstellen aufbauen und damit die Rundumversorgung unserer Bevölkerung noch weitertreiben, immer auf Kosten der Steuerzahler.

Und dann haben Sie etwas ganz Wichtiges erwähnt. Es gilt nämlich in diesem Bereich die Untersuchungsmaxime. Es ist ja nicht so, dass da Zweckparteien aufeinandertreffen, die sich spinnefeind sind und Sozialhilfeberater oder die Sozialhilfe ist grundsätzlich gegen die Anliegen der Sozialhilfeempfänger, sondern es ist ja eine Untersuchungsmaxime, was bedeutet, dass der Staat verpflichtet ist, vor allem auch die Interessen abzuwägen, auch diejenigen des Petenten oder der Petentin.

Und das ist eigentlich der Hauptgrund, warum die LDP dagegen ist. Es braucht es nicht. Es ist auch nicht so, dass ständig die Missstände da sind. Als die Sozialhilfe noch bei der Bürgergemeinde war, sass ich selber schon am Schalter, und zwar während Tagen, weil mich das interessiert hat. In der Regel ging es darum, wie man dem Sozialhilfeempfänger helfen kann und nicht, wie wir etwas ablehnen können. Jetzt das Gegenteil daraus machen zu wollen, dass es eine konträre Auseinandersetzungssituation wäre wie zum Beispiel an einem Zivilgericht, wo zwei Parteien miteinander streiten, ist falsch. Die LDP lehnt den Anzug ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Oliver Bolliger an? Sie wird angenommen.

Oliver Bolliger (GAB): Geben Sie mir recht, dass es möglich ist beim Sozialhilferecht? Ich habe selber auch auf der Sozialhilfe gearbeitet, als sie noch bei der Bürgergemeinde der Stadt Basel war.

Lukas Faesch (LDP): Klar, wenn das Wörtchen Kann nicht wär, dann ist alles möglich.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei der Anzugsstellerin Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Herzlichen Dank für die Debatte zu diesem Anzug. Ich habe ja fast nicht mehr damit gerechnet. Und in diesen verschiedenen Voten wurde auch schon sehr vieles gesagt, was mir sehr wichtig ist. Vielleicht noch einmal ganz kurz zurück, eine Ebene darüber. Ich habe das im Anzugstext auch bereits ausgeführt. In der Bundesverfassung in Artikel 29 und 29a wird festgehalten, dass für alle Bürger:innen allgemeine Rechtsverfahren und Rechtsweggarantien und Beschwerden in sozialhilferechtlichen Verfahren garantiert werden. Wir haben dann aber eben auch gehört – und das hat Hanna Bay sehr schön ausgeführt –, dass es sehr oft aufgrund von geringen formalen Anforderungen, die diesen Prozessen zugeschrieben werden, oft nicht so weit kommt, dass ebendiese unentgeltliche Rechtspflege zum Tragen kommt und die Leute auf diese Unterstützung zählen können.

Das ist ein Problem, das entspricht nicht unserem grundsätzlichen Rechtsverständnis. Wir haben dann auch gehört, dass es verschiedene Angebote schon gibt. Es gibt tatsächlich verschiedene Angebote, aber eben nicht, wenn es um das Sozialhilferecht geht, nicht, wenn es um Rechtsberatungen in diesem sehr spezifischen Bereich geht. Und da bin ich nicht einig mit Lukas Faesch, der vorhin gesagt hat, man solle das nicht fragmentieren und unterschiedliche Angebote schaffen. Diese verschiedenen Angebote zeigen eben, dass es sehr, sehr unterschiedliche Bereiche sind und dass es sehr wichtig ist, in diesen Bereichen eben auch auf fundierte Expertise zurückgreifen zu können. Da ist es schon auch wichtig, dass wir eben diesen schwächsten Menschen, die schon sehr grosse Herausforderungen im Leben meistern müssen, die aufgrund von Schicksalsschlägen oft in diese Situation gelangen, auch diese Unterstützung bieten und dass wir da dieses unabhängige am Rechtsangebot schaffen.

Dass es eine Nachfrage danach gibt, zeigt das Beispiel der unabhängigen Fachstelle für Sozialhilferecht UFS in Zürich. Diese begleitet und vertritt Armutsbetroffene kostenlos bei Anliegen zum Sozialhilferecht und unterstützt sie eben auch dabei, möglichst selbstständig weitere Lösungen zu finden, sie zu begleiten und zu unterstützen in ihren Prozessen. Und dieses Angebot ist masslos überlastet. Dieses Angebot wird so breit nachgefragt, auch von Personen weit ausserhalb des Kantons Zürich, dass die Leute lange warten müssen und es nicht vorwärtsgeht. Und mittlerweile ist es auch so, dass das Angebot nicht mehr von basel-städtischen Armutsbetroffenen genutzt werden kann.

Also noch einmal kurz zusammengefasst: Das Sozialhilferecht ist ein sehr spezifisches Recht und die Expertise und Angebote in diesem Fachbereich sind sehr rar. Kinder und Alleinerziehende bilden die grösste Gruppe der Sozialhilfeempfänger. Sie stellen eine sehr vulnerable Bevölkerungssicht dar und Ihnen kommt eine unabhängige Rechtsberatung in besonderer Masse deshalb zugute. Die Auswirkungen von solchen Entscheiden sind für die betroffenen Menschen lebensbestimmend und wir haben als Kanton ein Interesse daran, eine fundierte Rechtsprechung auch gerade im Sozialhilferecht wahrzunehmen und eine Verantwortung, dies zu ermöglichen.

Wir stimmen hier auch, um das einfach nochmals zu verdeutlichen, über einen Anzug ab, der eine Auslegeordnung und Lösungsvorschläge fordert. Falls diese Analyse dann Mängel aufzeigt in der Rechtsberatung, dann sollen auch entsprechende Massnahmen ergriffen werden. Eine unabhängige Rechtsberatungsstelle würde zudem eben auch nicht nur die Rechte der Betroffenen besser schützen, sondern wäre auch so eine Art externe Kontrolle oder Unterstützung für den Staat. Und das ist ja wahrscheinlich im Interesse von uns allen.

Aufgrund all dieser Überlegungen habe ich den Anzug eingereicht und würde mich sehr freuen, wenn Sie ihm heute zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über den Anzug Melanie Eberhard und Konsorten. Die Überweisung wird bestritten von Pascal Messerli.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 34 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005693, 22.01.25 10:23:30]

Der Grosse Rat beschliesst



den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug ist überwiesen mit 57 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

29. Anzug 2 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Transparenz und Publikation der grossrätlichen Entschädigungen für alle

[22.01.25 10:23:49, 24.5475.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, diesen Anzug nicht an das Ratsbüro zu überweisen. Die Diskussion über die Transparenz und Publikation solcher Entschädigungen ist eine alte. Sie wird häufig geführt und sie wurde zuletzt im Laufe des letzten Jahres geführt, als es auch eine entsprechende BAZ-Berichterstattung dazu gab. Bei dieser Berichterstattung konnte letztlich jeder angeben, was er angeben möchte. Deshalb, glauben wir, ist der Weg, den wir bisher gegangen sind, nicht falsch. Die Entschädigungen kann jedes Grossratsmitglied, wenn es es denn möchte, bereits heute veröffentlichen. Es kann es auf seiner Homepage machen, es kann es twittern, es kann es irgendwo sonst bekanntgeben. Dafür braucht es nun keine neue gesetzliche Grundlage in der Geschäftsordnung dieses Hauses.

Uns scheint dieser Wille, hier eine gesetzlich vorgeschriebene Transparenz zu schaffen, nicht notwendig zu sein, weil tatsächlich ja eben heute schon die Möglichkeit auf freiwilliger Basis besteht, dies zu tun. Auch der Vergleich mit dem Kanton Basel-Landschaft, der im Vorstoss erwähnt wird, ist nur halb korrekt aus unserer Sicht. Auch im Kanton Basel-Landschaft ist es nicht so, dass die Entschädigungen veröffentlicht werden müssen. Dort hat jedes Ratsmitglied ebenfalls die Möglichkeit zu sagen, dass es nicht veröffentlicht werden soll oder darf.

Die Höhe der Entschädigungen ist nicht der Punkt dafür, weshalb die SVP-Fraktion dagegen ist. Im Gegenteil sind wir der Meinung, dass das Parlament, zumindest generell aus unserer Sicht die allermeisten Kantonsparlamente in der Schweiz, für den Arbeitsaufwand, den die einzelnen Parlamentarier haben, gerade auch in der in der Kommissionsarbeit, sicherlich nicht überdurchschnittlich gut entschädigt sind. Wenn in der Bevölkerung allenfalls der Eindruck entsteht, dass dies eine überdurchschnittlich hohe Entschädigung ist, dann kann man sicher sagen, dass dem nicht so ist. Das alleine scheint uns aber zu wenig ein Grund zu sein, nun vom bestehenden System abzuweichen, was wir durchaus auch in einer gewissen Art und Weise als unschweizerisch erachten. Wir glauben, dass die Publikation von solchen Entschädigungen nichts ist, was verpflichtend sein soll. Jeder, der es möchte, kann es tun, soll es auch tun, und die, die es nicht wollen oder möchten, müssen es und sollen es auch weiterhin nicht tun müssen.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Jessica-Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Transparenz schafft Vertrauen, und wir alle wurden gewählt, weil die Menschen in unseren Wahlkreisen uns vertrauen, weil sie uns zutrauen, in ihrem Sinne zu entscheiden. Mit diesem Vertrauen sollten wir sorgsam umgehen. Die antiquierte Haltung «Über Geld redet man nicht», teile ich gar nicht. Was wäre denn das Schlimmste, was passieren könnte, wenn wir regelmässig offenlegen würden, wer wie viel Entschädigung enthält? Es würde doch lediglich aufzeigen, wie unterschiedlich hoch das bezahlte politische Engagement ist. Für uns hier drin ist zum Beispiel völlig klar, dass eine Kommissionspräsidentin mehr Entschädigung erhält als ein einfaches Kommissionsmitglied. Das ist ja logisch, weil sie hat ja auch einen höheren Aufwand. Wer aber nicht so nah am Politbetrieb ist, für den ist es vielleicht nicht so klar. Durch die Offenlegung der Mandatsabgaben können wir zu mehr Verständnis für unsere Arbeit beitragen.

Ich finde, dass die Menschen, die uns gewählt haben und auch die, die es nicht getan haben, ein Anrecht darauf haben zu wissen, was ihre Politikerinnen und Politiker für einen Teil der politischen Arbeit bekommen. Ich glaube nämlich, dass ganz viele Leute auch überrascht sein werden, wie viel Geld wir bekommen oder eben auch nicht.



Ich finde es auch ein bisschen komisch, dass die SVP, die ja letztes Mal diesen Vorstoss eingereicht hat, jetzt diesen Zickzackkurs fährt und jetzt dagegen ist. Letztes Mal hat Ihr Kollege Alexander Gröflin nämlich diesen Vorstoss eingereicht und jetzt sind Sie dagegen. Joël Thüring, Sie haben unter anderen diesen Vorstoss von Alexander Gröflin unterschrieben. Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie daher um die Überweisung des Anzuges.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich muss mich im Ratsbüro nicht mehr um diesen Vorstoss kümmern. Ich bin relativ ergebnisoffen. Aber vielleicht zwei Sachen: Es wird zum Teil auf den Kanton Basel-Landschaft verwiesen. Dort haben wir eben ein Opting Out, also die Transparenz ist freiwillig. Und die wirklich interessanten Informationen, wenn es obligatorisch ist, sind nicht das Geld, das kann jeder berechnen, weil die Ansätze ja transparent sind, sondern eher, wer wie oft in den Kommissionssitzungen fehlt. Da sieht man, dass jemand in zwei Kommissionen eigentlich viel mehr Geld erhalten sollte, und dann wird eigentlich offengelegt, wie die Anwesenheit in der Kommissionsarbeit ist. Das ist eine ziemlich interessante Information, die könnte man auch sonst bekanntgeben, ohne diese Berechnungen. Diese sind aufgrund der erhaltenen Informationen relativ einfach zu machen.

In diesem Sinne wünsche ich dem neuen Ratsbüro viel Spass bei der Beantwortung dieses Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Wir vom GAB sind auch klar dafür, dass wir hier Transparenz schaffen. Ich glaube, wir können Transparenz schaffen, sowohl zu unseren Sitzungsteilnahmen wie auch zu unserem Sitzungsgeld, weil am Schluss sind unsere Sitzungen hier drin öffentlich. Wir sagen immer, man muss in diesem hohen Haus sorgfältig umgehen mit unseren Finanzen, mit unseren Steuergeldern, weil gerade die Bevölkerung wissen möchte, was damit geschieht. Dann soll sie auch wissen, was wir verdienen, was hier drin quasi als Entschädigung ausgezahlt wird, wie wir teilnehmen an den Sitzungen.

Ich glaube, mehr Transparenz schafft am Ende auch mehr Vertrauen in ein System, das dringend Vertrauen nötig hat. Wir müssen einfach auch dafür sorgen – und damit kann sich dann das nächste Ratsbüro beschäftigen -, zu erklären, wie diese Entschädigungen zustandekommen, wie diese Beiträge zustandekommen, was es bedeutet, dieses Milizamt auszuüben. Und ich glaube, dass am Ende diese Transparenz uns alle stärken wird und das System stärken wird und wir da auch nicht in diesem schweizerischen oder nichtschweizerischen «Wir sagen nicht, was wir verdienen» verharren. Ich bin sowieso dafür, dass wir mehr darüber reden, wie viel Geld wir haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat die Anzugsstellerin Salome Bessenich das Schlusswort.

Salome Bessenich (SP): Meinen Vorrednerinnen ist nicht viel hinzuzufügen. Ich kann mich kurz halten.

Entscheidend für mich und für uns war, dass die Frage immer wieder kommt, eben nicht nur letzten Sommer von der BAZ, sondern auch von den Politikern oder bei Schulführungen. Auch im privaten Umfeld wird immer wieder gefragt, ob das denn gar nicht entlohnt wird oder wie viel, ob es ein guter Lohn ist. Und ich glaube, wie wir schon von Jessica Brandenburger und Jo Vergeat gehört haben, Transparenz schafft Vertrauen, aber sie schafft dieses Vertrauen eben nur, wenn es für alle gilt. Deshalb haben wir uns hier entschieden, das auch für alle einzufordern.

Im übrigen war das auch die klare Haltung des Grossratsbüros bei der Antwort auf den Anzug Alexander Gröflin, der eigentlich dieselbe Forderung hatte. Da war die klare Haltung des Büros, dass so etwas nur eingeführt werden soll, wenn es für alle gilt. Deswegen haben wir uns hier auch für diese Version entschieden.

Ebenfalls bedanken möchte ich mich für den Hinweis von David Jenny. Auch für uns ist es absolut entscheidend, dass hier nicht einfach eine Zahl publiziert wird, sondern dass es eben eine Kontextualisierung gibt, dass eben ersichtlich wird, wofür diese Entschädigung ausbezahlt wird, in welchen Kommissionen, in welchen Ämtern, in welchen Funktionen.

In diesem Sinne danke ich für die Überweisung an das Ratsbüro.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über den Anzug Salome, Bessenich und Konsorten ab.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 15 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005695, 22.01.25 10:34:15]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 78 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

30. Anzug 3 Zaira Esposito und Konsorten betreffend Stärkung des Zugangs in den für Diagnostik, Beratung, Betreuung und Pflege spezialisierten Institutionen für demenzerkrankte Personen mit Migrationsgeschichte

[22.01.25 10:34:29, 24.5476.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Möchte jemand die Überweisung bestreiten? Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

31. Anzug 4 Philp Karger und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Türkheimer- Hegenheimerstrasse Verkehrsregime

[22.01.25 10:35:08, 24.5485.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Ich muss zugeben, Kollege Philip Karger hat mich mit seinem Anzug schon ein bisschen getriggert. Er schreibt von den armen Autofahrern und Autofahrerinnen, die durch das neue Verkehrsregime an der Colmar-, Hegenheimer- und Türkheimerstrasse aus heiter hellem Himmel von den Verkehrsregeln überrascht werden. Hingegen schiebt er die Schuld für die tatsächlich gefährlichen Situationen, die entstanden sind, den korrekt fahrenden Velofahrerinnen und Velofahrern in die Schuhe. Ich finde das schon ein starkes Stück. Und dann kommt die Forderung, weil sich Autofahrerinnen und Autofahrer nicht an die Regeln halten wollen oder können oder überfordert sind damit, dass einfach die Regeln abgeschafft werden sollen.

Ich bin deshalb auch bei diesem Anzug etwas erstaunt, wer das alles mit unterschrieben hat. Geschätzter Christoph Hochuli, wir sind ja beide etablierte Law and Order-Politiker. Wenn der Vollzug bei Lärmklagen nicht funktioniert, fordern wir dann bessere Werkzeuge, um geltendes Recht durchzusetzen oder fordern wir einfach die Abschaffung der betreffenden Regeln?



Ich bin deshalb sehr froh über den Vorstoss meines Fraktionskollegen Jean-Luc Perret, der zu diesem Thema einen deutlich faktenbasierten Vorstoss geschrieben hat und der gleich nachher behandelt wird, und bestreite hiermit im Namen der SP-Fraktion diesen Anzug und bitte Sie, ihn nicht zu überweisen, dafür dann den nachfolgenden Vorstoss von Jean-Luc Perret.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich weiss nicht ganz genau, welchen Anzug mein Vorsprecher gelesen hat, oder ob er ihn überhaupt gelesen hat.

Jeder, der einmal vor Ort war und geschaut hat, wie diese Markierung erstmals gemacht wurde, der muss sagen, hier wurde wirklich ein Schildbürgerstreik gemacht. Die Markierung zeigte, dass die Leute, die das gemacht haben, eigentlich keine Ahnung haben, wie der Verkehr in so einer Stadt funktioniert. Aber Gott sei Dank ist man ja schlauer geworden und hat das neu markiert. Und die neue Markierung ist mindestens so verständlich, dass man sieht, wenn man dahin fährt, was man einmal bezwecken möchte. Somit hat sich eigentlich der Anzug von Jean-Luc Perret erledigt. Es geht da ja primär um die Markierung.

Ich darf hier im Namen der FDP und der SVP sprechen. Ich bin oft in diesem Quartier unterwegs und gehe in den Stadt bekannten Lebensmittelladen, wie viele von Ihnen vielleicht auch. Und da ist der Unmut in der Bevölkerung sehr gross, der Unmut ist vor allem auch gross, weil viele Autos jetzt durch das Quartier fahren müssen und umgeleitet werden. Das stört die Leute sehr stark. Mit dieser Massnahme hat man glaube ich das Gegenteil erreicht, man hat alle wütend gemacht im Quartier. Die Leute verstehen die Situation nicht mehr, sie erreichen nicht mehr das, wo sie hinwollen. Sie müssen einen Riesenumweg machen und die Anwohner sind unzufrieden.

Also daher sollte man diese Massnahmen rückgängig machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Das ist eine sehr ineffiziente Sache, zwei Vorstösse zum gleichen Thema. Ich rede deshalb nur einmal. Es wird weniger erstaunen, dass das GAB der Anzug von Jean-luc Perret überweisen wird und den von Philip Karger nicht.

Wir finden diese Massnahme eigentlich sinnvoll. Es ist auch ein Wunsch der Quartierbevölkerung dort, dass der Durchgangsverkehr auch von vielen Pendlern, die durch das Quartier gefahren sind, eingedämmt wird. Das ist auch im städtischen Verkehrskonzept vorgesehen. Also es steht für uns ausser Frage, dass die Kreuzung dort die Verkehrsführung erhält. Es ist natürlich auch ein bisschen befremdlich, dass sich die Autofahrenden nicht an die Regeln halten, wo dort gelten. Das wirft man eigentlich immer nur den Velofahrenden vor. Aber es ist auch ein stückweit verständlich wegen der Markierung und der Signalisation, die dort hingekommen ist. Wir sehen eigentlich tatsächlich auch den Weg, dass man vielleicht dort sich noch einmal etwas anderes überlegt. Man könnte dort Pfosten hinstellen, versenkbare Poller, damit die Blaulichtorganisationen durchkommen. Wir verstehen auch, dass man dort nicht einfach mit Bauelementen zumachen kann, wie das an anderen Kreuzungen im Hegenheimerquartier schon erfolgreich gemacht worden ist. Man sollte die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer auf dieser Kreuzung verbessern mit dieser neuen Signalisation. Und natürlich soll man die Ausweichrouten durch den Kembserweg und andere kleine Tempo 20-Strassen verhindern, indem man sie schliesst.

In diesem Sinne bitten wir Sie, den Anzug von Philip Karger jetzt nicht zu überweisen, dafür dann später den von Jean-Luc Perret.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Aus Gründen der Effizienz spreche ich auch gleich zum nachfolgenden Anzug Jean-Luc Perret. Die neue Verkehrsregelung an der Kreuzung Colmarer-, Türkheimer- und Hegenheimerstrasse hat das Ziel, den Durchgangsverkehr namentlich von Pendlern und Pendlerinnen aus dem Elsass durch die Quartierstrassen des Iselin zu unterbinden. Das entspricht den Verkehrszielen unseres Kantons und den Wünschen der Quartierbevölkerung. Der Durchgangsverkehr soll weg von den Quartierstrassen auf die Hauptverkehrsachsen. Diese Ziele unterstützt die grünliberale Fraktion natürlich.

Der Anzug Karger verdreht aus unserer Sicht die Tatsachen. Weil die Autofahrenden das neue Verkehrsregime nicht einhalten, soll es aufgehoben werden. Sich korrekt verhaltende Velo- und Mofafahrende werden als Gefahr dargestellt,



obwohl die Gefahr eigentlich von den Autofahrenden ausgeht. Und der unterbundene Durchgangsverkehr soll zum Mehrverkehr im Quartier führen. Das sehen wir nicht so. Wenn die Markierung nicht funktioniert, muss diese eben verbessert, durch bauliche Massnahmen wie versenkbare Poller ergänzt und/oder durch die Polizei besser durchgesetzt werden. Wenn die Autopendler:innen statt auf die Hauptverkehrsachsen auf andere Quartierstrassen ausweichen, braucht es eben Massnahmen, um diesen Ausweichverkehr ebenfalls zu unterbinden. Das ist die Stossrichtung des Anzugs Perret..

Aus diesen Gründen wird die grünliberale Fraktion den Anzug Karger nicht überweisen, dafür aber den Anzug Perret unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich komme an meinem letzten Tag doch noch einmal nach vorne und bekenne mich auch gleich als einer der Betroffenen, da ich nämlich genau hinter dieser Kreuzung wohne oder etwas in einer Seitenstrasse hinter dieser Kreuzung. Und das beweist mir jeden Tag, wenn ich mit dem Auto unterwegs bin, dass es wirklich, wie Kollege Seiler schon gesagt hat, ein Schildbürgerstreich ist. Man wollte den Schleichverkehr durch die Quartiersträsschen durch Tempo 20-Zonen vermeiden. Man hat ihn nicht vermieden, man hat ihn geschaffen, denn wenn ich jetzt zum Beispiel vom Burgfelderplatz zu mir in die Pfefferstrasse muss, dann muss ich entweder eben durch den bereits erwähnten Kembserweg oder ich muss mich durch andere kleine Strassen dort durchschlängeln, meist dort mit versetzt parkierten Autos, was auch ein gewisses Gefahrenpotenzial für Zweiradfahrzeuge bietet. Früher wäre ich einfach durch die Colmarerstrasse gefahren und dann links abgebogen.

Das gleiche gilt auch für alle, die nichts anderes vorhaben als eben vom Burgfelderplatz zum Morgartenring oder umgekehrt fahren zu wollen. Das war eine einfache, kurze, gerade Strecke. Jetzt schlängeln sie sich eben durch die ganzen Quartierstrassen. Wenn man jetzt sagt, nun, dann behindern wir eben den Verkehr auch in den Quartierstrassen, dann wird der Verkehr einfach noch grossflächiger sich überall durchschlingern. Der Verkehr ist bekanntlich wie Wasser, er sucht sich immer seinen Weg.

Darum geht es eigentlich nicht darum, ob die Markierung gut oder weniger gut oder ganz lausig ist, sie gehört einfach weg. Man sollte wieder den Zustand von vorher herstellen, der war nämlich sowohl für die Anwohnenden wie auch für diejenigen, die dort eben passieren müssen, besser. Freiwillig fährt da niemand durch, da fährt derjeinge durch, der wirklich muss, aber der sollte so schnell wie möglich da durchfahren, nicht von der Geschwindigkeit her, sondern vom Zeitaufwand her, den er braucht und von den Kilometern her, die er braucht. Denn umweltfreundlich ist es auch nicht, wenn man noch sechs oder sieben mehr Strassen befahren muss, bis man dann am Ziel ist. Also bitte Frau Regierungsrätin Esther Keller, machen Sie diesen Unsinn wieder weg.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind beim Anzugsteller angelangt, das Schlusswort hat Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Falsches Quartier, falsche Kreuzung, falscher Grund, das sagt eigentlich alles über die aktuellen Verkehrsführungen an der Kreuzung Colmarer-, Türkheimer- und Hegenheimerstrasse. Bevor die neuen Markierungen angebracht wurden, funktionierte die Kreuzung einwandfrei. Die heutige Verkehrsleitung, auch wenn inzwischen die Markierung korrigiert wurde, schafft mehr Probleme als sie löst. Seit 2016 hat sich direkt an der Kreuzung ein leichter Verkehrsunfall ohne Beteiligung eines Autos ereignet. In der näheren Umgebung gab es zwei weitere Unfälle, ebenfalls ohne Beteiligung eines Autos, was die Funktionstüchtigkeit der Kreuzung vor der Umgestaltung deutlich macht.

Laut BVD will man mit der neuen Verkehrsführung den Durchgangs-, Gewerbe- und Parksuchverkehr im Quartier eindämmen. Man will ein Problem lösen, das gar nicht existiert. Der Verkehr war nicht zu dicht und es gab kaum gefährliche Situationen, weil alle vorsichtig waren. Der Durchgangsverkehr verlagert sich nun in die kleinen Nebenstrassen und die Quartierbewohner:innen müssen bei der Suche nach einem der wenigen Parkplätze viel mehr Umwege in Kauf nehmen. Die Anwohner:innen der kleinen Nebenstrassen haben das Nachsehen. Einerseits haben sie viel mehr Verkehr in ihren Gassen. Sie müssen längere Wege zu ihren Wohnungen zurücklegen und weil der Verkehr nun durch ihre Strassen fliesst, sind diese viel unsicherer geworden. Auch wenn die Markierungen nochmals geändert wurden, werden sie immer noch von vielen Autofahrer:innen einfach ignoriert, was zu gefährlichen Situationen führt. Aber auch die Velofahrenden beachten die Markierung nicht. Sie fahren einfach quer über die Linien und Flächen und gefährden damit sich selbst, die Fussgänger:innen und anderen Verkehrsteilnehmer. Es scheint, dass das BVD einfach eine Möglichkeit gesucht hat, den Verkehr zu behindern und sich nicht um das Chaos kümmert, dass es anrichtet.

Man muss sich auch fragen, warum ausgerechnet hier die Umleitung fest signalisiert wurde und nicht zuerst getestet wurde, ob diese neue Verkehrsführung überhaupt Sinn macht. Der Anzug stellt einige Fragen, um die Umstände zu klären, die zu



der neuen Verkehrsführung geführt haben. Es wird auch gefragt, wie in Zukunft mit den Markierungen umgegangen werden soll. Ziel ist ein gesundes Miteinander der Verkehrsteilnehmenden.

Deshalb bitte ich Sie, Kolleginnen und Kollegen auch im Namen der LDP, diesen Anzug anzunehmen. Gleichzeitig bitte ich Sie, den Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten abzulehnen, da er eine Verschlechterung des Miteinander im Verkehr und zum Nachteil der Fussgänger:innen, des motorisierten Verkehrs und auch der Situation im Quartier fordert.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über den Anzug Philip Karger und Konsorten. Die Überweisung wird bestritten von Daniel Sägesser.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 53 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005698, 22.01.25 10:49:22]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird nicht überwiesen, wir haben 53 Nein-Stimmen und 42 Ja-Stimmen so wie keine Enthaltung.

32. Anzug 5 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Hegenheimer-, Türkheimerstrasse Verkehrsregime

[22.01.25 10:49:37, 24.5500.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Es wurde vorher schon gesagt, dass dies bestritten wird. Wir nehmen dies als Bestreitung. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir zum Schlusswort des Anzugstellers Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Diese beiden Vorstösse zeigen wirklich eindrucksvoll, wie derselbe Sachverhalt zu völlig gegensätzlichen Schlüssen führen kann. Auch ich wohne nicht weit weg von dieser Kreuzung. Als ich das erste Mal die beiden Linien gesehen habe, fragte ich mich tatsächlich auch, ob das wohl gut kommt. Gleichzeitig freute ich mich aber auch, wie ich mich eigentlich fast immer freue, wenn irgendwo etwas mit ein bisschen Mut umgesetzt wird. Das eingeführte Prinzip, dass man nämlich mit dem Auto nicht mehr quer über eine Kreuzung fahren darf, ist nicht neu und bewährt sich in anderen Städten, insbesondere auch in den oft zitierten Superblocks. Nur so schafft man es, den Durchgangsverkehr wirklich aussen herumzuführen und nicht quer durch.

Es geht auch nicht um die Sicherheit in erster Linie, denn wir sollten nicht vergessen, die neue Verkehrslenkung ist eine späte Konsequenz des von uns selbst verabschiedenden Ausgabenberichts Städtische Verkehrslenkung Basel. Dieser hat unter anderem gefordert, dass der Durchgangsverkehr die Siedlungsstrassen verlassen und auf die Nationalstrassen gelenkt werden solle. Und die Colmarerstrasse ist nun halt eine Siedlungsstrasse.

Jetzt ist es natürlich so, dass das nicht auf Anhieb geklappt hat. In dieser Beobachtung bin ich auch mit Philip Karger und den anderen Vorrednern einig. Aktuell geht die grösste Gefahr nach meiner Beobachtung von Automobilistinnen und Automobilisten aus, welche die neue Verkehrslenkung erst im letzten Augenblick realisieren und das Steuer abrupt herumreissen, ohne sich zuvor zu vergewissern, ob noch ein Velo in der Nähe ist. Was ich ebenfalls beobachtet habe, das



wurde auch schon erwähnt, ist dass es Ausweichverkehr gibt. Man kann die Kreuzung umfahren, wenn man zum Beispiel durch eine Spielstrasse fährt. Das ist natürlich nicht die Idee. Um dies zu unterbinden, braucht es aber nicht eine Aufhebung des neuen Verkehrsregimes, sondern eine Ausweitung.

Mein Vorschlag ist daher, direkt auf der Kreuzung zusätzliche bauliche Massnahmen wie zum Beispiel Poller zu installieren. Diese könnten so gestaltet werden, dass sie von Blaulichtorganisationen umfahren oder abgesenkt werden können, gleichzeitig aber eine klare und unübersehbare Barriere für den geradeaus fahrenden Verkehr darstellen. Darüber hinaus sollten weitere Massnahmen ergriffen werden, um den Ausweichverkehr wirksam zu unterbinden. Und by the way, ich habe auch noch nie jemanden ausser meinen ehemaligen Fraktionskollegen Steffi Lüthi gesehen, der dort Kontrollen macht und allenfalls Bussen verteilt.

In diesem Sinn und Geist habe ich diesen Anzug formuliert. Ich gebe es gerne zu, auch um dem vorherigen Anzug von Philip Karger eine gegenteilige Interpretation entgegenzustellen und die Verbesserung nicht schon im Keim wieder zu ersticken. Auch wir haben Reaktionen bekommen und zwar wohlwollende, von Anwohnerinnen und Anwohnern. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug zu überweisen und hoffe auf weitere Verbesserungen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über den Anzug von Jean-Luc Perret. Die Überweisung wurde beim letzten Traktandum schon bestritten zum Beispiel von Philip Karger.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 37 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005700, 22.01.25 10:53:41]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 59 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

33. Anzug 6 Stefan Suter und Konsorten betreffend Steuererklärung per Todestag

[22.01.25 10:53:54, 24.5486.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Damit eine abstruse Forderung ihre Berechtigung verliert, wird sie als Bedürfnis deklariert. Ich hätte nicht gedacht, dass es noch eine Steigerung zur Velo-Initiative geben könnte, aber es gibt sie: Das Verlangen nach totaler Sperrung von Strassen für jegliche Mobilität, ausser für das Velo.

Eine solch groteske zusätzliche Pflasterpolitik darf unseres Erachtens sicher nicht unterstützt werden. Wir haben es auch letzten Mittwoch umfassend gehört. Basel-Stadt hat bereits in den letzten Jahren bedeutende Investitionen in den Ausbau



des Velonetzes getätigt. Auch genug Velostrassen wurden eingeführt, alles mit dem Ziel, die Sicherheit der Velofahrenden zu erhöhen und den Veloverkehr zu fördern, dies auch in unser aller Sinn.

Ich finde, statt weiter neue einseitige Massnahmen auf Strassen zu ergreifen, sollten wir, und zwar alle Verkehrsteilnehmende und inklusive Velofahrende, die geltenden Regelungen akzeptieren und sie nicht, wie es einem gerade passt, individuell und nach eigenem Gutdünken beachten oder sogar ignorieren. Regeln und Vorschriften einhalten würde bereits viel für den täglichen Komfort auf unseren Strassen bewirken.

Mit den vorliegenden Vorschlägen zur Metamorphose von Velostrassen geht der Anzug für uns mehrere Schritte zu weit. Typisch Basler Finish-Denken eben. Und dies nicht nur auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs und eventuell des öffentlichen Verkehrs, sondern vor allem auf Kosten der Anwohnerinnen und Anwohner und der ansässigen Gewerbebetriebe, die auf gute Erreichbarkeit und auf Freiflächen auch in bereits vorhandenen Velostrassen angewiesen sind.

Auch der ewige Vergleich mit den Niederlanden und Deutschland ist langsam müssig, denn es werden immer nur Fragmente des Guten erwähnt. Auch in diesen Ländern ist beim Velofahren nicht immer alles Gold, was glänzt. Weit über 90 Prozent der Fahrradstrassen in Deutschland sind nicht autofrei und man hat sogar Fahrradstrassen wieder aufgehoben, da der Nachteil für den MIV deutlich grösser war als der potenzielle Nutzen für Velofahrende. Und die enorm hohen Zahl an Velo-Unfällen in Holland, ohne Beteiligung des MIV, wird wohl nie mit einem Satz in einem basel-städtischen Bericht erwähnt werden.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der LDP, sich gegen eine weitere Umgestaltung von Velostrassen auszusprechen und stattdessen eine ausgewogene Verkehrspolitik im Sinne aller zu unterstützen.

34. Anzug 7 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Velostrassen für Velos statt für Autos

[22.01.25 10:57:47, 24.5499.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Nicole Strahm hat eigentlich das Wesentliche schon gesagt. Nachdem wir letzte Woche darüber diskutiert haben und wir erwähnt haben, dass es eben leider für diese Velo-Vorzugsrouten ja auch keinen Plan gibt, wie man das umsetzen will, will man jetzt auf diesen Velostrassen, die man einfach in bestehende Quartiere gepflanzt hat, die Autos einfach weg bringen. Da wohnen Anwohner, da hat es Gewerbe, eine dieser Velostrassen geht auch bei mir beim Tennisclub vorbei. Ich erlebe eigentlich diese Velostrassen als etwas Gutes. Das funktioniert miteinander. Ich habe da noch nie Probleme gesehen. Dass man jetzt einfach die Autos wieder da vertreiben will, ist für mich eine ganz komische Art von einem Miteinander im Verkehr. Wir werden das noch weiter miteinander diskutieren dieses Jahr wahrscheinlich, aber ich finde es schade, dass wir das nicht zusammen lösen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Wir kennen die Velostrassen seit einigen Jahren. Wir waren der Kanton, der auch das Pilotprojekt für Velostrassen eingeführt hat. Damals, als wir die Velostrassen für den Bund geprüft haben, hatten wir ein Signal, da stand darauf «Autos zu Gast». Das Prinzip der Velostrassen war ursprünglich, eine Strasse zu schaffen, wo Velofahrende den Vortritt geniessen, nicht nur gegenüber Rechtsvortritt in der Tempo 30-Zone, sondern eben auch, dass man darauf nebeneinander fahren kann, dass man darauf sicher ist, dass man nicht von einem Auto überholt wird, dass dort die Familien mit Kindern auch mit dem Fahrrad sicher unterwegs sein können, im Wissen darum, dass eben sie dort den Platz einnehmen dürfen und die Autos im umgekehrten Sinne zu Gast sind.

Nun, der Bund hat die Velostrassen nun gestattet, sie werden überall eingeführt. Dieses Auto zu Gast hat leider nicht Eingang gefunden in das Konzept der Velostrasse, aber es gibt vom Bund die Möglichkeit, Velostrassen motorfahrzeugfrei einzuführen und zu gestalten, so dass eben genau dieses nebeneinanderfahren, das Gefühl, auf dem Velo auf der Strasse Vorrang zu haben und Sicherheit zu empfinden, denn noch eingeführt werden kann. Das ist eine Möglichkeit, die der Bund geschaffen hat. Es ist kein Basler Finish, und es ist etwas, was ich als sehr wichtig empfinde, gerade wenn wir an die Velo-Vorzugsrouten denken, die wir höchstwahrscheinlich machen werden, sofern dann die Abstimmung positiv verläuft.



Es ist auch etwas, das an gewissen Orten wichtig ist. Daniel Seiler hat ein Beispiel vor dem Tennisplatz erwähnt. Ich kenne diese Velostrasse in Grossbasel West auch. Ich denke, dort ist die Situation eine andere. Dort gibt es nicht sehr viel Autoverkehr und dort braucht es vielleicht auch keine motorfahrzeugfreie Velostrasse. Wenn man aber auf die Velostrassen zum Beispiel in Kleinbasel schaut, ist es doch sehr anders. Dort nutzen viele Autofahrende die Velostrasse als eine Strecke, wo sie zügig, weil der Rechtsvortritt aufgehoben ist, die Strasse befahren können und zügig vorankommen, und dann lockt es sozusagen die Autofahrenden direkt auf die Velostrasse, was eigentlich nicht der Sinn einer Velostrasse ist. Gerade dort wären eben motorfahrzeugfreie Velostrassen sinnvoll.

Ich möchte daran erinnern, dass wir Klimaziele haben und daher auch dem Veloverkehr einen Vorrang geben müssen. Ich bitte Sie daher, den Vorstoss zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler beantworten? Die Zwischenfrage wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Velos nebeneinander fahren lassen auf solchen Strassen – haben Sie das Gefühl, dass das zum Miteinander der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmenden beiträgt?

Raffaella Hanauer (GAB): Ich denke, es stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn auch Velofahrende genauso wie Autofahrende miteinander unterwegs sprechen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Velostrassen machen nur Sinn und werden ihrem Namen gerecht, wenn sie für die Velos auch tatsächlich gut beziehungsweise besser als auf gewöhnlichen Strassen befahrbar sind. Zu viel motorisierter Individualverkehr stellt aber genau dies in Frage. Es ist daher sinnvoll zu untersuchen, wie viel Autoverkehr auf den Velostrassen herrscht und wie dies allenfalls reduziert werden kann.

Basel muss attraktiver werden fürs Velo. Wir haben Klimaziele, wir haben das bereits gehört, und wir haben einen beschränkten Platz in unserer Stadt. Dass also mindestens auf Velostrassen Velos gut und sicher fahren können, ist folgerichtig.

Daher bittet die SP Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Auch die SVP bittet Sie, den Anzug abzulehnen. Ich meine, es ist klar, man will einfach nichts anderes, als das Auto wegzuhaben. Das können wir nicht mitmachen und Raffaella Hanauer, es gibt auch Elektrovelos, welche die Autos überholen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzugsteller Lukas Bollack hat das Schlusswort.

Lukas Bollack (GLP): Velostrassen sind als Massnahme zur Förderung des Veloverkehrs gedacht, der aufgehobene Rechtsvortritt erlaubt ein zügiges Vorankommen und idealerweise kann man sich in einer autoarmen Tempo 30-Zone sicher fühlen. Wie Raffaella Hanauer vorher schon korrekt ausgeführt hat, ist Basel-Stadt ja ein Pionierkanton beim Thema Velostrassen und war eine der am schweizweiten Pilotversuch beteiligten Städte und hat danach als erste Schweizer Stadt gleich acht zusätzliche Velostrassen umgesetzt.

Mancherorts ist das aus meiner Sicht gut gelungen, wie zum Beispiel auf der Achse Oberwilerstrasse Leimenstrasse. Die Linienführung ist sinnvoll, man kommt zügig aus dem Raum Zolli in die Innenstadt und umgekehrt, und es hat nicht zu viele fahrende oder parkierte Autos, was Sicherheit und Komfort gewährleistet. Andere Velostrassen sind ebenfalls nach meiner Meinung weniger gut gelungen. Also wenn Sie zum Beispiel schon einmal an einem schönen Tag am Wochenende versucht haben, den Sankt Alban Rheinweg mit dem Velo entlang zu fahren, wissen Sie, wovon ich spreche. Die Fahrbahn ist durch die beidseitig parkierten Autos eng. Man muss sich vor aufgehenden Autotüren in acht nehmen. Das Kreuzen mit dem



entgegenkommenden Verkehr ist schwierig und es hat teilweise einen enormen Parkplatzsuchverkehr, angezogen von den vielen Parkplätzen an dieser attraktiven Promenade.

Hier setzt die erste Forderung des Anzugs an. Wo Velostrasse draufsteht, soll auch Velostrasse drin sein. Das Velo soll dort also klar priorisiert werden. Es gäbe diverse Massnahmen, um das zu erreichen, wie zum Beispiel eine angepasste Verkehrsführung, die Aufhebung von Parkplätzen. Grundsätzlich wird der Regierung aber offen gelassen, wie Sie dieses Ziel genau erreichen will.

Dann noch kurz zur zweiten Forderung des Anzugs, den motorfahrzeugsfreien Velostrassen. Hier möchte ich einfach klarstellen, dass der Anzug diese ja nicht einfordert. Es ist einfach so, das Handbuch Velobahnen des ASTRA führt diese als mögliche Führungsform für Velobahnen aus. Velobahnen heissen in Basel-Stadt Velo-Vorzugsrouten. Der Anzug will von der Regierung nur wissen, bei welchen Velo-Vorzugsrouten sie solche motorfahrzeugsfreie Velostrassen als sinnvolle Lösungen sehen würde. Sie müssen also jetzt nicht Angst haben, dass bei einer Überweisung des Anzugs dann alle Velostrassen sofort mit einem MIV-Fahrverbot belegt werden. Das entscheidet dann immer noch die Regierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über den Anzug von Lukas Bollag. Die Überweisung wurde bestritten von Nicole Strahm- Lavanchy.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005703, 22.01.25 11:07:46]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 51 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen und eine Enthaltung bedeuten, dass der Anzug überwiesen wird.

35. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Velospur in der St. Jakobs-Strasse, Schreiben des RR

[22.01.25 11:08:00, 23.5532.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Zuerst geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller, welche jedoch verzichtet. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und da hat sich zuerst Luca Urgese für die FDP gemeldet.

Luca Urgese (FDP): Lassen Sie mich zuerst positiv würdigen, dass der Regierungsrat versucht hat, eine möglichst schnelle Lösung in Aussicht zu stellen, bereits für den letzten Herbst, und jetzt wahrscheinlich wegen des spürbaren Widerstands jetzt doch zuerst diese Debatte abwarten möchte.

Der Vorschlag, den man in der Anzugsbeantwortung findet, ist mit diversen Problemen behaftet. Ich halte ihn nicht für eine gute Lösung. Wenn man in der Sankt Jakob-Strasse so wie das vorgeschlagen wurde, einen Velostreifen markiert, dann bedeutet das, dass die Autos weiter links fahren müssen. Wenn die Autofahrer weiter links fahren, dann befinden sie sich auf dem Tram-Trasse. Das ist normalerweise kein Problem, denn man fährt ja, aber zu Stosszeiten stauen sich natürlich die Fahrzeuge auf dem Tram-Trasse. Und jetzt stellen Sie sich vor, was dann zu Stosszeiten passiert, wenn ein Tram von



hinten zu fahren kommt, dann wird sich das wahrscheinlich akustisch bemerkbar machen, weil die Trampspur ist ja dann entsprechend blockiert. Autofahrer werden dann nach rechts ausweichen, damit sie dem Tram nicht mehr im Weg stehen und werden somit dann auf die Velospur kommen. Wenn dann halt dann von hinten ein Velo herangeradelt kommt, dann kann das zu überaus gefährlichen Situationen führen. Das ist sicher etwas, was wir vermeiden sollten.

Und der zweite Punkt ist folgender: Das grösste Problem besteht eigentlich im Abschnitt zwischen Gartenstrasse und Aeschenplatz und genau dort soll der Velostreifen dann aufhören. Also genau dort, wo das Problem am akutesten ist, will man die Situation eigentlich so belassen, wie sie heute ist, so dass das Problem eigentlich gar nicht gelöst wird. Also die vorgeschlagene Lösung verschlimmert die Probleme eher, als dass sie sie löst, wenn Sie sie überhaupt löst.

Für mich ist nicht ganz nachvollziehbar, welche Aversionen bestehen, auf einem solch breiten Trottoir, wie wir es in der Sankt Jakob-Strasse kennen, eine gemeinsame Lösung für Velos und Fussgänger zu finden. Man kann dort klar getrennte Spuren markieren. Es gibt kaum ein Trottoir, das so breit ist wie dort, man kann sich auch bauliche Massnahmen überlegen. Ich verstehe ja, dass man, wenn man als Fussgänger Angst hat, dass es zu Konfliktsituationen kommt. Man sollte also versuchen, entsprechende bauliche Lösungen zu finden. Wenn Sie sich ein bisschen in Europa bewegen, dann sehen Sie in verschiedensten Städten Lösungen, dort funktioniert das einwandfrei und hier scheinen wir offenbar grössere Ängste gegenüber solchen Lösungen zu haben.

Ich nehme auch zur Kenntnis, dass es da gewisse Normbreiten gibt, die vorgegeben sind. Ich kann sie nicht immer ganz nachvollziehen, wie man auf diese Normbreiten kommt, eben gerade bei solchen breiten Trottoirs. Ich bin überzeugt davon, dass wir damit eigentlich gute Lösungen verunmöglichen, nur weil irgendjemand mal gesagt hat, in der ganzen Schweiz gelten entsprechende Normbreiten, egal wie die Situation dann konkret vor Ort ist. Und wir haben in der Sankt Jakob-Strasse nach meiner Kennung eine der breitesten Strassen in unserem Kanton, und wenn wir es dort nicht schaffen, diese verschiedenen Verkehrsmittel aneinander vorbeizubringen, wo bitte wollen wir es dann sonst schaffen?

Nun, die Situation ist wie sie ist, und deshalb möchte ich Sie bitten, diesen Anzug stehen zu lassen und zwar verbunden mit einem konkreten Lösungsvorschlag, den ich den Regierungsrat bitte zu prüfen, sofern Sie diesem Antrag folgen.

Wir haben auf dem Trottoir in der Sankt Jakob-Strasse verschiedene Bäume mit den Baumrabatten. Man könnte sich überlegen, diese Baumrabatten auf der Trottoirseite um die nötigen Zentimeter zu kürzen, das dürften wahrscheinlich 20 bis 30 cm sein, damit wir die nötige Breite erreichen, dass wir eben Velospur und Trottoir aneinander vorbeibringen. Und jetzt ist mir natürlich durchaus bewusst, Grünflächen zu reduzieren ist ein Problem, das wollen wir natürlich nicht und deshalb kann man, um das zu kompensieren, auf diversen Asphaltflächen, die heute ungenutzt sind. Diese könnte man dann im Gegenzug entsiegeln, begrünen, so dass man dann unter dem Strich gleichviel oder vielleicht sogar ein bisschen mehr Grünfläche hat, als das heute der Fall ist. Aus meiner Sicht ist das eine Win-Win-Situation. Wir bringen die verschiedenen Verkehrsmittel konfliktfrei aneinander vorbei, erhalten oder vermehren vielleicht sogar die Grünflächen und könnten so eine gute Lösung erreichen. Ob das funktioniert, kann ich jetzt nicht abschliessend sagen, aber die Bitte wäre, sofern Sie diesen Anzug stehenlassen, das entsprechend zu prüfen. Ich danke Ihnen, wenn Sie das mit Stehenlassen möglich machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich mache hier gleich transparent, dass ich länger mit Luca Urgese telefoniert habe darüber, ob es wirklich Sinn macht, diesen Anzug stehen zu lassen. Ich war am Anfang jetzt auch nicht so überzeugt, ob es wirklich einen Mehrwert bringt. Wir haben uns auch mit Hilfe von Google Streetview noch einmal virtuell in der Strasse bewegt und es ist natürlich so, wie Luca Urgese sagt, es ist tatsächlich eine Strasse mit einem für Basler Verhältnisse aussergewöhnlich breiten Querschnitt, und es wäre wirklich schade, wenn wir uns dort verschenken, noch ein bisschen intensiver nach kreativen Lösungen zu suchen.

Die SP-Fraktion ist deshalb bereit, dem Stehenlassen zuzustimmen. Wir sind offen für eine kreative Lösung, gerade auch mit vielleicht einer anderen Anordnung auch von entsiegelten Flächen etc., und wir sind sehr gespannt, was man herausfindet, welche Lösung dort vielleicht noch denkbar wäre. Es ist so, dass es gerade dort, so nahe am Aeschenplatz, wirklich wichtig ist, Sicherheit für die Velofahrenden schaffen können.

Was für uns ganz klar ist, ist, dass eine solche kreative Lösung nicht auf Kosten der Trameigentrassees gehen darf und dass selbstverständlich auch keine Gefährdung des Fussverkehrs dadurch begünstigt werden sollte. Aber ich denke, das liegt auf der Hand und wir lassen das stehen, um zu schauen, welche Lösungen es noch gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Jérôme Thiriet.



Jérôme Thiriet (GAB): Auch das grünalternative Bündnis ist für Stehenlassen dieses Anzugs. Es ist wirklich aktuell ein Problem dort in der St. Jakob-Strasse. Ich habe zwar keine Google Streetview-Analyse vorgenommen, aber es ist mein Arbeitsweg und ich habe mich ein bisschen mehr darauf geachtet und gerade und gerade letzte Woche hat sich der Verkehr gestaut bis hinten zum Denkmal, also in Richtung Aeschenplatz und das ist genau so ein Beispiel. Wenn jetzt dort ein Velostreifen wäre und die Autos würden auf dem Eigentrassée des Trams stehen, dann würde einfach der Tramverkehr behindert werden. Insofern bin ich nicht sehr überzeugt von dieser Sofortmassnahme, die in dieser Anzugsbeantwortung gekommen ist, denn so benachteiligen wir einfach die Menschen, die im Tram unterwegs sind.

Ich könnte mir vorstellen, dass der Vorschlag, den Luca Urgese gemacht hat, eine Lösung sein könnte, sofern man sich noch etwas eingehender damit beschäftigt, so dass die Velofahrer:innen und Fussgänger:innen dort auf dem Trottoir aneinander vorbeikommen. Ich habe auch noch ein bisschen analysiert, wie das Verhalten der Velofahrenden aktuell ist. Es ist wirklich so, wenn man sich legal verhalten will, dann steht man im Stau mit den Autos. Man kommt einfach nicht vorwärts muss dort hinten anstehen. Viele Menschen mit dem Lastenvelo mit Kindern machen das auch, viele weichen aber einfach aufs Trottoir aus und eine andere Variante, die ich auch sehr häufig sehe, ist, dass dann einfach die Velofahrer die Sperrfläche des Trams befahren. Das wäre eine kreative Lösung, die ich mir vorstellen könnte, dass man sagt, man hebt die Sperrfläche auf, die Velofahrer:innen dürfen links die stehende Kolonne überholen und kommen so ein bisschen flüssiger voran. Ich sehe dort auch die Nachteile, es sind Tramschienen, die nicht jeder gerne überfährt, es sind die Autofahrer, die nicht damit rechnen, dass jemand links vorbeifährt. Aber vielleicht prüft man das ja auch, dass man den Platz in der Mitte der St. Jakob-Strasse klüger nutzen kann, nicht nur für das Tram, aber sicher nicht für die Autos.

Also ich bin froh, wenn wir das stehenlassen und Regierungsrätin Esther Keller das noch einmal überarbeiten lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Alle haben sich jetzt positiv dazu geäussert. Anhand der Kreuztabelle sieht man, dass nicht alle Fraktionen dieser Meinung sind. Ich habe mich jetzt kurzfristig entschieden, hier auch etwas dazu zu sagen.

Ich bin dezidiert gegen den Mischverkehr auf den Trottoirs. Welche Folgen das hat, darüber diskutieren wir im Bereich der Solitude schon sehr lange und wir fanden keine Lösung, welche wirklich gut ist. Die älteren Menschen der Alterswohnungen trauen sich nicht mehr, dieses Trottoir zu benützen und dem Rhein entlang zu spazieren. Das ist tatsächlich so.

Meine Frau benützt von Montag bis Freitag auf ihrem Arbeitsweg täglich mehrmals das nun in diesem Anzug betroffene Trottoir. Wenn nun plötzlich Velos, Kistenvelos usw. dieses Trottoir nutzen würden, würde sie sich vermutlich einen anderen Weg suchen oder dann halt mit dem Auto an ihren Arbeitsplatz fahren. Das dortige Trottoir ist für den Mischverkehr, der Regierungsrat hat es ausgeführt, schlichtweg zu Man müsste, wenn man dort sich an die Regeln halten würde, einfach die Bäume fällen. Wir diskutieren auch in Riehen genau über dasselbe Problem. Wenn es für den Anzugstellenden, trotz der Sicherheitsbedenken der dafür verantwortlichen Spezialisten zumutbar ist, dass es für die Fussgänger somit gefährlich werden könnte, nur weil ein paar Velofahrer mal etwas warten müssen und nicht gefährdet sind, dann verstehe ich nicht, weshalb er in seinem Anzug nicht das Velofahren einfach auf allen Trottoir in der Stadt Basel fordert, ob es zu schmal ist oder zu breit, das ist ja wohl egal.

Ich bitte Sie, den Fussgänger in unserer Stadt den Schutz zu gewähren, welchen sie verdient haben und sie nicht unnötigen Gefahren auszusetzen, zumal es sich dabei meist um ältere Menschen handelt oder eben Arbeitnehmende, die mit dem ÖV zu Arbeit fahren wollen. Der Regierungsrat hat zudem bereits signalisiert, dass er verbesserte Massnahmen treffen wird, um den Fluss der Velofahrenden zu verbessern. Überweisen Sie also diesen Ansatz bitte nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: In der zweiten Runde geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich bin froh, dass das Votum von Felix Wehrli noch kam. Ich hatte schon etwas Sorge, dass die Interessen der Bäume und der Zufussgehenden etwas zu kurz kommen. Ich habe mir das nicht nur auf Google Maps angeschaut, sondern sogar nochmals ganz konkret vor Ort. Und die Stelle ist wirklich zu schmal. 3,5 Meter, dann noch aufgeteilt in zwei Spuren oder sogar noch Mischverkehr aber aufgeteilt beispielsweise in zwei Spuren für Zufussgehende und Velos, das schafft wirklich eine sehr sehr ungute Situation. Die Baumrabbatten an dem Ort anzupassen um wenige 10 cm, das wiederum schadet wirklich den Bäumen, die haben dort ohnehin schon zu wenig Wasser. Das sind grosse Bäume dort, und grössere bauliche Massnahmen wären natürlich auch schwierig.

Ich bin wirklich auch sehr kritisch gegenüber Mischverkehr. Ich glaube, wir sehen was passiert. Wir sehen auch was passiert, wenn diese Flächen zu schmal sind. Die Menschen fühlen sich dort nicht wohl, wir müssen wirklich auch an ältere Menschen denken, denen nicht wohl ist, wenn Velos so nahe vorbeifahren.



Also wir sind da wirklich der Meinung, das ist nicht die richtige Stelle. Man muss es auch zu Ende denken. Sogar wenn dort die Stelle breiter wäre, kommen Sie dort raus, wo heute der Bus hält. Das heisst, Sie würden genau dort, wo sowieso der Engpass ist, wieder auf die St. Jakob-Strasse kommen, und deshalb braucht es grössere bauliche Massnahmen, die wir auch machen werden im Rahmen der Sanierung der Strasse, aber das ist erst in einigen Jahren. Und wenn wir diesen Anzug jetzt stehen lassen fürchte ich, dass es wenig neue Erkenntnisse bringen wird, denn noch einmal, diese Stelle ist schmal. Sogar wenn wir da etwas machen würden, das den Bäumen schaden könnte, hätten wir das Problem mit der Bushaltestelle. Und deshalb bittet der Regierungsrat, den Anzug abzuschreiben, zumal – und das können Sie gerne auf Google Maps nachschauen – der Umweg dort über die Gartenstrasse-Engelsgasse und zurück dann weiter Richtung beispielsweise Münsterplatz oder Wettsteinplatz nur 200 Meter beträgt. Also ich glaube, das ist wirklich zumutbar.

Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Anzug abschreiben würden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Anzug als erledigt abschreiben. Das haben wir gerade eben wieder gehört. Luca Urgese hingegen möchte ihn stehenlassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehen Lasten gemäss Antrag Luca Urgese.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 78 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005705, 22.01.25 11:23:30]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehengelassen, wir haben 78 Nein-Stimmen, 11 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

36. Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend Velofreundlichere Kreiselzufahrten und Kreisel, Schreiben des RR

[22.01.25 11:23:43, 22.5259.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, beide Anzüge als erledigt abzuschreiben. Wir eröffnen dazu die Debatte. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in der ersten Runde. Damit geht das Wort an Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Im Sinne der Effizienz spreche ich für das GAB und die SP und auch gleich für beide folgenden Anzüge. Der Grossrat hat hier zwei Anzüge überwiesen und es wurde ein Gartenzwerg geboren, einer mit erhobenem Zeigefinger. Dabei, da bin ich sicher, wollten beide Anzugstellerinnen deutlich mehr als nur einen rosa Gartenzwerg. Der Kreisverkehr ist für Velofahrende gefährlich. Das führt zu Auswegoptionen über das Trottoir, insbesondere bei Kindern, zu Recht. Wir wissen, dass es gefährlich ist. Das zeigt einerseits die Unfallkarte, die das ASTRA seit 2011 führt, die öffentlich zugänglich ist für uns alle, auch für die Basler Verwaltung, und auf der wir klar sehen können, dass Fahrradunfälle sich häufen rund um Kreisel. Wir wissen es aber auch, weil wir selber immer wieder über Kreisel fahren oder die Kreisel benutzen oder zuschauen. Ich bin überzeugt, bei der Vielfalt an Kreiseln in Basel ist das schon jedem von uns geschehen, dass wir eine heikle Situation erlebt oder beobachtet haben.

Gleichzeitig werden im Wissen, dass diese Kreise sehr gefährlich sind für Velofahrende und auch für andere Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer neuer Kreisel gebaut, nota bene Kreisel, die wieder nicht der Norm entsprechen



und das zeigt sich dann auch wiederum in der Unfallstatistik. Als Beispiel hervorheben möchte ich den Kunstmuseumskreisel, der ja noch nicht sehr alt ist. Dort gibt es bereits sechs Unfälle mit Fahrradbeteiligung, beim neuen Kreisel beim Viertelkreis einen Unfall. Zum Glück alles Unfälle ohne schwerverletzte Personen. Trotzdem stellen sie eine Gefahr dar für uns.

Um diese Situation zu beseitigen, reicht ein Gartenzwerg nicht aus. Es reicht auch nicht aus, eine Kampagne zu machen. Es reicht ein Plakat nicht aus. Wir alle hatten zumindest in der Schule eine Verkehrsschulung, die meisten von uns haben eine Autoprüfung. Wir wissen schon, wie man sich verhalten muss im Kreisel. Wir wissen auch, dass man fair sein muss im Verkehr. Jeder hat ein ureigenes Interesse zu überleben. Nun ist es aber so, dass halt gewisse Verkehrsteilnehmer schwächer sind. Das sind die Fahrradfahrer, das sind die Fussgängerinnen und Fussgänger. Die müssen wir besonders schützen.

Es wird schön aufgezeigt in der Beantwortung dieser beiden Anzüge, wo Probleme sind und es sind sehr viele Probleme. Es wird keine Lösung aufgezeigt oder nur in sehr wenigen Fällen und auch dort nur im konjunktiv: Wir werden es irgendwann gemacht haben. Das reicht halt einfach nicht. Darum bitten wir Sie im Namen des GAB und der SP, mdiese Anzüge stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Vielleicht kurz vorweg: Viele Anliegen von Velofahrenden geraten mir sofort in den Verdacht, dass sie Teil dieser grossen Auseinandersetzungen zwischen Auto- und Velolobby sind, aber ich glaube, bei den beiden vorliegenden Anzüge geht es wirklich nicht darum, es soll kein anderer Verkehrsteilnehmer, keine andere Verkehrsteilnehmerin irgendwie geschädigt oder benachteiligt werden. Denn es ist ja auch klar, Kreisel sind ja grundsätzlich eigentlich eine sehr gute Sache. Sie sind einfach, es wurde auch von Anina Ineichen gesagt, für Velofahrende potenziell gefährlicher als für andere Verkehrsteilnehmende. Und darum geht es eben in diesen beiden Anzügen, um die Sicherheit für die Velofahrer:innen in den Kreiseln. Man soll sich also nicht gegen den Autoverkehr richten oder andere Verkehrsteilnehmende, sondern nur versuchen, die Nachteile, die Gefahren, die für Velofahrende im Kreisel bestehen, zu minimieren.

Es ist auch klar, dass es in unserem beengten Stadtraum nicht überall möglich ist, die optimale auch baulich gestaltete Verbesserung durchzuführen, umzusetzen. Aber die Antwort des Regierungsrats (ich hätte jetzt nicht von einem Gartenzwerg gesprochen) scheint auch mir ein bisschen gar einfach. Es steht, weil die Mehrheit der Kreisel in Basel unkritisch sei, erachte die Regierung eine flächendeckende Analyse sämtlicher Kreise als nicht zielführend. Ich muss zugeben, bei der Forderung nach der flächendeckenden Überprüfung habe ich schon auch gedacht, dass das sehr viel Aufwand ist. Aber die Frage wäre ja, was ein anderer Massstab wäre, nach dem man es überprüfen soll. Die Antwort der Regierung bildet nicht genügend ab, wie die Situation ist.

Die Regierung hat ja nämlich gesagt, sie hätten die Kreisel untersucht, die einen statistischen Unfallschwerpunkt darstellen. Das waren vier Kreisel, bei denen man plant, etwas zu tun. Dabei wird aber etwas Wesentliches nicht beachtet, dass nämlich, wenn diese Unfallschwerpunkte angeschaut werden und die Unfallstatistik genutzt wird, viele Velounfälle gar nicht in Erscheinung treten. Gemäss Beratungsstelle für Unfallverhütung sind in Polizeistatistiken neun von zehn Velo-Unfällen gar nicht aufgeführt.

Selbst wenn die Polizei gemeinsam mit an einem Unfall Beteiligten das europäische Unfallprotokoll ausfüllt, erscheint dieser Unfall dann zum Beispiel nicht in der offiziellen Statistik. Dann kommen noch so Fast-Unfälle hinzu. Und nicht alle sind durch Velorowdys hervorgerufen – und das gibt es sicher auch, Velofahrende, die sich nicht richtig verhalten, aus welchen Gründen auch immer. Aber auch wenn man die abzieht, bleiben noch diverse weitere Fast-Unfälle, auch die erscheinen in keiner Statistik.

So wurden andere als problematisch bekannte Kreise auch nicht genau angeschaut, wie zum Beispiel ein Bundesplatz oder der Dornbach oder an anderen Stellen. Aus diesen Gründen scheint es mir doch notwendig, jetzt die Suche nach problematischen Stellen und Verbesserungsmöglichkeiten über diese vier in der Antwort genannten Kreisel hinaus auszudehnen, um dieses Gefahrenpotenzial möglichst auszumerzen und so eine Situation zu schaffen, die dann wirklich für alle Beteiligten besser ist. Ich bin überzeugt, auch die Autofahrer haben es lieber, wenn sie im Kreisel eine Situation vorfinden, in der es möglichst für alle, auch für die Velofahrenden, nicht gefährlich ist und sie da nicht in einen Unfall verwickelt werden.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie bitten, diese Anzüge nicht abzuschreiben, sondern stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.



Lukas Bollack (GLP): Wir Grünliberalen gehen nicht mit der Regierung einig, wenn sie sagt, dass die Mehrheit der Kreisel aus Sicht der Verkehrssicherheit unkritisch sei. Die Verkehrsunfallstatistik zeigt klar, dass Kreuzungen die Verkehrssituationen sind, in denen die meisten Velounfälle passieren und dass Kreisel von allen Kreuzungstypen die gefährlichsten für Velofahrende sind. Dass nicht alle Kreisel Unfallschwerpunkte sind, widerlegt diese Tatsachen aus unserer Sicht nicht. Die Verkehrsmengen und die Anzahl Unfälle in unserem Kanton reichen schlicht nicht dafür aus, dass jetzt alle Kreisel als Unfallschwerpunkte klassifiziert werden können. Wir geben auch, wie Brigitte Gysin schon gesagt hat, zu bedenken, dass neun von zehn Velounfällen der Polizei gar nicht gemeldet werden. Wenn sich die Regierung bei der Analyse auf die Unfallschwerpunkte beschränkt, macht sie es sich deshalb aus unserer Sicht zu einfach.

Wir möchten deshalb die beiden Anzüge stehenlassen in der Hoffnung, dass die Regierung hier noch mal ein bisschen in sich geht, das Problem der Gefährlichkeit von Kreiseln für Velofahrende ernst nimmt und Lösungen dafür sucht. Eine Möglichkeit wären die auch schon oft genannten holländischen Kreisel, bei denen die Velos auf einer eigenen Fahrspur um den Kreisel herumgeführt werden. Diese Art der Veloführung ist erwiesenermassen sehr viel sicherer als ein herkömmlicher Kreisel. Wir finden, dieser Ansatz hätte wenigstens einen Pilotversuch verdient.

Ich weiss, es werden hier immer die beengten Platzverhältnisse als Grund dafür angeführt, warum solche Kreisel bei uns nicht möglich sein sollen. Wer schon mal in den Niederlanden war, weiss aber, dass die Platzverhältnisse dort auch nicht überall sehr grosszügig sind. Trotzdem geht es irgendwie, sichere Kreisel zu installieren oder eben, wenn das nicht geht, auf einen anderen sichereren Kreuzungstyp auszuweichen.

Wir Grünliberale werden deshalb für Stehenlassen der beiden Anzüge stimmen und bitten Sie, es uns gleich zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir von der LDP sind für Abschreiben dieser beiden Anzüge und zwar haben wir den Eindruck, es hat sich viel getan, auch im Austausch, und viele von uns fahren Velo. Wir haben festgestellt, dass doch auch in den verschiedenen Umfeldern, in denen wir uns bewegen, mehr Leuten inzwischen klar ist, dass man in der Mitte fahren soll als Velofahrerinnen und Velofahrer in Kreiseln und dass durchaus auch die Kampagnen gesehen werden.

Klar gibt es da weiterhin Potenzial, auch für die Unfälle braucht es immer zwei Parteien. Einerseits gibt es sicher sehr viele sehr schwungvolle Velofahrerinnen und Velofahrer, aber auch sehr viele uninformatierte Autofahrende. Da haben wir zur Kenntnis genommen, dass eben nur ein Drittel der in Basel-Stadt fahrenden Autos tatsächlich von hier kommt, was es mit der MFK-Kampagne etwas schwieriger macht, die sicher sinnvoll wäre und wir zählen darauf, dass die weiterhin stattfindenden Unfälle auch vom Regierungsrat verzeichnet werden und in weitere Handlungsfelder aufgenommen werden, auch wenn wir hier nicht stehenlassen, weil wir eben durchaus schon Verbesserungen verzeichnen.

Deswegen sind wir für Abschreiben, können aber auch damit leben, wenn, wie die Kreuztabelle verrät, stehengelassen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Vielleicht ein Wort zum Kunstmuseumskreisel. Ich fahre eigentlich fast täglich da durch. Ich bin absolut einverstanden, dass wir das zusammen anschauen müssen. Das ist auch in der Kampagne nicht berücksichtigt worden. Was man dort einfach feststellt, ist, dass obwohl die Einfahrt künstlich verengt wird von den Velofahrern, natürlich dauernd Velos von rechts überholen, wenn man in den Kreisel hineinfährt, und die Situation ist halt die, dass der Velofahrer auf der einen Seite einen rechts überholt und innerhalb des Kreisels kommt noch einer auf der linken Seite an einem durch und will dann vorher noch schnell rein.

Also das ist wirklich ein Problem, das wir angehen müssen. Ich habe dort die Lösung auch nicht, aber entweder macht man den Kreisel grosszügig, dass man kann als Velofahrer reinfahren kann, und wenn man ihn verengt, wie man es beim Kunstmuseum gemacht hat, dann muss man halt wahrscheinlich auch mit einer Signalisation arbeiten. Also ich bin da völlig einverstanden, dass wir da etwas machen, wir sind aber trotzdem für Abschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat in der zweiten Runde Regierungsrätin Esther Keller das Wort.



RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die lebhafte Debatte. Also Kreisverkehr ist anspruchsvoll. Anina Ineichen, Sie haben den Kunstmuseumskreisel genannt. Ich darf einfach erinnern, der Kunstmuseumskreisel ist hier drin durch das Parlament gegangen. Es wurde entschieden, dort einen Kreisel zu bauen und ganz ehrlich, ich glaube, niemand möchte zurück zur alten Kreuzung. Kreisel eignen sich dort, wo ein hohes Verkehrsaufkommen ist, und wenn ein Kreisel richtig befahren wird von allen Verkehrsteilnehmenden, dann ist er grundsätzlich auch sicher. Und hier fängt es an, und deshalb auch die Kampagne der Verkehrspolizei. Ob die mir jetzt persönlich gefällt oder nicht, das müssen Sie mich jetzt nicht fragen, aber ich glaube, Aufklärungsarbeit ist definitiv immer noch wichtig.

Ich sehe sehr viele Velofahrende, die nicht in der Mitte fahren und ich höre sehr viele Velofahrende, die gar nicht wissen, dass sie in der Mitte fahren sollen. Also da gibt es tatsächlich noch ein grosses Informationsdefizit. Wir müssen die Menschen informieren, dass sie eben in der Mitte fahren sollen.

Und deshalb glaube ich, müssen wir bezüglich Prävention und Information dranbleiben und wir müssen aber auch bei konkreten Kreiseln dranbleiben. Es muss beispielsweise gute Umfahrungsmöglichkeiten geben, damit diejenigen Verkehrsteilnehmer, die sich nicht sicher fühlen in den Kreiseln, einen anderen Weg, möglicherweise einen Umweg, aber einen anderen Weg wählen können.

Nochmals kurz zum holländischen Kreisel, Lukas Bollack, wenn Sie mir eine Kreuzung zeigen, die so gross ist, dass ein holländischer Kreisel Platz hat, ich garantiere Ihnen, wir schauen uns das an. Fakt ist, in Basel haben wir meines Wissens keine Kreuzung, die so gross ist, dass man rund um den Kreisel herum noch eine separate Velospur machen könnte, übrigens wahrscheinlich auch mit dem Zusatz, ohne Bäume fällen zu müssen, weil man natürlich dann zusätzliche Fläche versiegeln muss. Also ich glaube, das wird schwierig und ich finde auch Ideen, dass man doch den Velostreifen anders markieren soll, da müssen wir auch einfach schweizweit einheitlich bleiben. Stellen Sie sich vor, Sie gehen auf eine Velotour, und in Freiburg sind die Kreisel anders als in Sion, sind anders als irgendwie in einem anderen Kanton. Also dann ist das Chaos perfekt.

Deshalb müssen wir es weiterhin gleich markieren, die Menschen sorgfältig informieren und Ausweichrouten schaffen für diejenigen, die sich nicht wohlfühlen. Und da bleiben wir dran. Ich glaube, dafür brauchen wir aber die beiden Anzüge nicht. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Regierung, diese abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen zweimal ab über die beiden Anzüge. Einerseits ist es der Anzug von Beatrice Isler und Konsorten und dann der Anzug Brigitte Gysin und Konsorten. Der Regierungsrat möchte beide abschreiben. Anina Ineichen hat bei beiden den Antrag gestellt, sie stehen zu lassen. Zuerst zum Anzug Isler.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 61 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005707, 22.01.25 11:39:40]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehengelassen mit 61 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

36.1. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Sicherheit in Kreiseln für Velofahrende, Schreiben des RR

[22.01.25 11:39:55, 22.5519.02]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über den nächsten Anzug ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 60 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005709, 22.01.25 11:40:22]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 60 Nein-Stimmen und 31 Ja-Stimmen sowie keine Enthaltung bedeuten, dass auch dieser Anzug stehengelassen wird.

37. Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend intelligente Parkplätze auf öffentlichem Grund: Flexible Marktpreise und sozial-ausgleichende Verwendung der Parkeinnahmen, Schreiben des RR

[22.01.25 11:40:36, 18.5168.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in der ersten Runde. Raffael Fuhrer hat sich als Einzelsprecher gemeldet. Er hat das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Dieser Vorstoss ist mittlerweile fast sieben Jahre alt und es geht um Parkplätze. Ich finde, das Thema hat sich in den letzten Jahren zum Glück etwas beruhigt. Trotzdem bedauere ich, dass gerade in dem Feld leider der Markt nicht spielen darf. Ich bin bei vielen Themen sehr skeptisch, wenn nicht sogar ablehnend gegenüber einer Lösung, wo einzig und alleine der Markt das Sagen hat, aber gerade hier finde ich es vielleicht doch keine schlechte Idee und hätte mir schon auch erhofft, dass, wenn eine Grünliberale das BVD übernimmt, dann eben solche liberalen Ansätze vielleicht wieder etwas Aufwind haben. Denn für mich ist nach wie vor klar: Gewisse Parkplätze sind einfach von der Lagegunst her geeigneter, haben eine höhere Nachfrage, und der Eindruck der fehlenden Parkplätze entsteht eben genau dort. Und wenn wir die Preise so anpassen würden, wie das zum Beispiel San Francisco seit mehreren Jahren macht, dass eben diese Parkplätze etwas teurer sind und die anderen, die vielleicht nicht so gut liegen und die meiste Zeit auch frei sind, etwas billiger machen, dass sich dann das Fahraufkommen der Autofahrenden so anpasst und auch besser verteilt und wir eine Entspannung hinbekommen.

Ich denke, wir müssen an diesem Thema dranbleiben, denn die Anzahl Parkplätze ist ja, wie wir wissen, volatil und hoffe, dass in Zukunft wieder jemand so einen Vorstoss wagt und vielleicht das Thema doch wieder aufgenommen wird oder dass auch von der Verwaltung aus eine solche Lösung angestrebt wird. Wenn wir nun die Flexibilisierung nach Grösse des Autos anstreben, warum nicht auch nach Auslastung? Das Thema fände ich spannend, weiterzuverfolgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurde kein Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



38. Motion Beatrice Isler und Konsorten betreffend neue Planung für Wohnungsbau entlang Grenzacherstrasse, Schreiben des RR

[22.01.25 11:43:05, 18.5412.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist bei den beiden Motionen um vier Jahre zu erstrecken. Gemäss GO § 43 Abs. 4 bis ist es gar nicht möglich, vier Jahre zu erstrecken. Das Maximum sind zwei Jahre. Wir sprechen also über zwei Jahre und nicht über vier und eröffnen die Debatte. Regierungsrätin Esther Keller, wünschen Sie das Wort einleitend? Das ist nicht der Fall. Damit hat der Vertreter des GAB Harald Friedl das Wort.

Harald Friedl (GAB): Ich beantrage Ihnen im Namen des GAB, die Motion von Beatrice Isler abzuschreiben, ebenfalls die zweite Motion und auch den Anzug, der auch in diesem Geschäft jetzt behandelt wird. Wir sehen als Fraktion die Aufträge, die in diesen Vorstössen eingereicht wurden, mit dem vorliegenden Zwischenbericht als abgeschlossen und erledigt. Mit dieser Ideenstudie konnten diverse neue Gesichtspunkte aufgebracht und genauer angeschaut werden, und es gab für uns auch durchaus interessante Erkenntnisse aus diesen Studien, die da vorgelegt wurden.

Bei allen diesen Varianten, die uns der Regierungsrat jetzt präsentiert, gibt es weniger grosse oder grössere Pferdefüsse. Das ideale Projekt oder die ideale Variante sehen wir bis jetzt noch nicht. Wir sehen es aber wirklich als grossen Entwicklungsschritt, dass jetzt da viele neue Aspekte berücksichtigt wurden, es wird versucht, möglichst alle Anliegen, alle möglichen Stakeholder miteinzubeziehen und diese dann auch zu berücksichtigen. Das begrüssen wir sehr. Und das sehen wir wirklich als positive Entwicklung in dieser ganzen Diskussion.

Was wir aber auch noch betonen wollen, schlussendlich bleiben wir bei unserer Haltung, die wir immer vertreten haben. Sie mögen sich alle erinnern an diese emotionale Abstimmung zur Stadtrandentwicklung Ost und dass es da ein klares Verdikt gibt der Stimmbevölkerung, die gesagt hat, sie wolle keine Entwicklung in diesem Gebiet, und dieses Verdikt wollen weiterhin aufrechterhalten. Wir als Fraktion sehen weiterhin das grosse Potenzial, dass es angegangen werden muss bei der Entwicklung der Transformationsareale. Da haben wir noch viel zu tun, da gibt es wahnsinnig grosse Chancen, auch neuen Wohnraum und neue Gewerbefläche zu schaffen. Zudem ist auch immer ein Credo von uns, dass wir genauer schauen, wo wir noch innerhalb der gebauten Stadt eine innere Verdichtung erreichen können. Daher beantragen wir Ihnen als Fraktion Abschreiben dieser drei Vorstösse und wir bitten Sie natürlich, uns in diesem Anliegen zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann mich im Namen meiner Fraktion vollständig dem Votum von Harald Friedl anschliessen. Die SVP-Fraktion war damals zusammen mit der grünen Partei die Partei, die gegen diese Betonierung unserer wichtigen Naherholungsflächen und Grünflächen das Referendum ergriffen hatten. Es war vor allem die SP gemeinsam mit anderen bürgerlichen Parteien, die damals dafür waren, dass man dort viele neue Wohnungen baut und damit wichtige Grünflächen vernichtet. Die Stimmbevölkerung hat damals sehr klar gesagt, dass sie das sowohl in diesem Gebiet wie auch beim zweiten Projekt, bei der zweiten Stadtrandentwicklung, die auf dem Bruderholz stattgefunden hat, nicht will.

Und diese Vorstösse, die wir heute behandeln, sind doch auch sehr kurz nach diesem Volksentscheid eingereicht worden und es gibt aus unserer Sicht keine neuen Erkenntnisse, die jetzt dazu führen würden, dass wir dafür wären, diese Motionen hier nun stehen zu lassen. Die Stimmbevölkerung möchte dies nicht und ich glaube auch in Zeiten der Herausforderungen im Bereich des Klimaschutzes ist es doch etwas widersprüchlich, wenn Sie einerseits immer für Klimaschutz sind, diesen Klimaschutz hier in diesem hohen Haus auch einverlangen, und dann aber dafür sind, dass wichtige Grünflächen und Naherholungsgebiete in unserem Stadtgebiet vernichtet werden.

Dass der Regierungsrat diese Haltung vertritt, ist nichts Neues. Der Regierungsrat ist bekannt dafür, dass er alle Grünflächen im Kanton am liebsten vernichten möchte. Er ist bekannt dafür, dass er kein Herz für Freizeitgartenareale hat und ist auch bekannt dafür, dass er mehr Bäume fällt als pflanzt. Aber ich hoffe doch sehr, dass zumindest die Parteien, die das Wort grün in ihrem Parteinamen tragen oder aber zumindest sonst immer an vorderster Stelle sich als grün bezeichnen, hier nun ebenfalls dafür sind, diese Motionen abzuschreiben, so wie es eben auch der Wille letztlich der basel-städtischen Stimmbevölkerung schon vor einigen Jahren war.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Aus der Perspektive der LDP hoffen wir, dass wir bei diesem Areal den Rank finden, anders als Ratskollege Christoph Hochuli soeben. Wir wollen, dass die Planung dort weitergeht. Die Volksabstimmung fand statt unter anderen Vorzeichen, die Wohnungsnot war nicht so akzentuiert wie sie heute ist. Man liest in mehreren Dokumenten und unter anderem dem Wirtschaftsflächenbericht ist klar zu entnehmen, dass viele bauliche Entwicklungen, gerade die immer so hochgepriesenen Transformationen noch lange auf sich warten lassen.

Es wird also noch einige Zeit vergehen, bis weiterer Wohnraum entstehen kann und in den bestehenden gebauten Gebieten der Stadt findet diese Entwicklung kaum mehr statt. Das ist auch bekannt, das heisst wie haben ein Problem, dass wir immer weniger Wohnraum haben werden und das Zeichen, das wir jetzt setzen würden, dass wir diese Planung quasi durch das Abschreiben nicht weitertreiben wollen als Parlament wäre das falsche Signal, denn wir haben einen Common Sens hier, der weit getragen wird, dass wird mehr Wohnraum benötigen.

Wieso Stehenlassen? Es heisst ja, dass man jetzt eine gesamte Planung weitertreiben möchte mit allen Anspruchsgruppen und ich denke auch nicht, dass einfach der Grünraum zubetoniert wird. Das zeigt auch das Beispiel von anderen Planungen im Kanton, wo der Grünraum auch sehr fest mitgedacht wird. Es wäre nun also sehr wichtig, vom Parlament hier dieses Zeichen zu setzen und nicht abzuschreiben, sondern die Motion stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SP ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Herzlichen Dank, Michael Hug, für Ihre Einleitungen. Ich glaube, die SP-Fraktion kann sich dem anschliessen. Und auch Harald Friedl, herzlichen Dank für die Einleitung, weil diese Ideenstudien wirklich eine interessante Sache sind. Ich glaube, hier wurde gut gearbeitet, so dass wir eine Grundlage haben. Das begrüssen wir sehr. Wir kommen zu einem anderen Schluss. Selbstverständlich kennen wir die Situation, wie diese Stadtwrweiterungsideen im Osten von Basel von der Bevölkerung respektiert wurden, aber insbesondere diese Ideenstudien machen hier eine breite Auslegeordnung. Und es ist noch überhaupt nicht klar, wie dann diese Entwicklung aussehen wird oder auch kann. Ich glaube, hier geht es nicht darum, dass wir konkret über ein Projekt verhandeln. Für meine Fraktion ist es wichtig, dass man Umwelt breit versteht. Es geht nicht nur quasi um das, was schon da ist, sondern es geht vor allem auch um die Akteur:innen mit ihren verschiedenen Ansprüchen, mit ihren verschiedenen Interessen und wir glauben, dass diese Ideenstudien dafür eine Grundlage bilden. Ich habe das letzte Mal einer lernenden Debatte gesprochen. Ich glaube auch an eine lernende Planung. Und das ist die Voraussetzung.

Es wurde gesagt, wir reden hier über Stehenlassen mal für zwei Jahre. Die Regierung in ihrem ursprünglichen Vorschlag wollte sogar vier Jahre. Da sehen Sie, über welche Prozesse und Zeiträume wir hier sprechen.

Ich glaube, es ist wichtig, diese ersten zwei Motionen stehenzulassen, weil sie die richtigen Impulse gesetzt haben und weil jetzt mit diesen Ideen und weiteren Abklärungen Grundlagen geschaffen wurden. Und was auch klar wird – und das ist für mich wichtig - gebaute Umwelt heisst auch Infrastrukturen, und ich finde der Regierungsrat macht hier etwas Sinnvolles, dass er sagt, wir wissen noch gar nicht, ob diese Infrastrukturprojekte alle kommen werden, aber diese sind wichtige Kontextbedingungen, was da überhaupt möglich ist und was da vor allen Dingen auch sinnvoll ist.

Und in diesem Sinne glaube ich, sollte man das heute stehenlassen, um den Impuls aufrechtzuerhalten und hier einfach nicht irgendwelche abgeschlossenen Planungen zu produzieren, die dann mühselig von unseren Nachgänger:innen wieder aufgebrochen werden müssen.

Die SP-Fraktion bittet Sie daher, die ersten zwei Motionen stehenzulassen und die letzte abzuschreiben, weil die in diesen Grundlagen, die wir jetzt haben mit diesen Ideenskizzen, zur Verfügung stehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Felix Wehrli gemeldet.

Felix Wehrli (SVP): Die Überbauung Basel Ost wurde 2019 durch den Volksentscheid abgelehnt. Auch ich war bei der Gegnerschaft, was richtig und auch wichtig war.

Nun liegt uns die Planung Basel Ost 2.0 vor. Eine Planung, welche auf die Vorbehalte der Gegnerschaft Rücksicht nimmt, sollte weiterverfolgt werden können. Das priorisierte Gleisstück Rank nimmt hierzu praktisch alle Vorbehalte auf, die damals aufgeführt wurden: Grüngürtel, Schutz von Flora und Fauna und so weiter. Sämtliche Entwicklungsideen, weil zum Beispiel durch die HHF-Architekten vorgestellt wurden oder aufgezeigt wurden, sind sowohl mit dem Beibehalten der Freiräume des



wichtigen Grüngürtels als auch mit der künftigen Realisierung der strategischen Reserve im kommunalen Richtplan Riehen kompatibel. Mit Fokussierung der baulichen Entwicklung auf das Gleisdreieck Rank wird nicht nur der Erschliessungsvorteil der unmittelbar angrenzend geplanten S-Bahnstation Solitude optimal genutzt, sondern auch das Sportzentrum Rankhof und der Freiraumkorridor zwischen Wiese und Rhein vom Nutzungsdruck entlastet, was der wichtigste Punkt der damaligen Ablehnung war.

Die grossen Vorteile eines städtebaulichen Schwerpunktes im Gleisdreieck Rank rechtfertigen es, dass sich der Kanton trotz der vorerst bestehenden Unwägbarkeiten in der anstehenden Infrastrukturplanung zu Gunsten eben dieses Dreiecks Rank als städtebauliche Entwicklungsoption für den Stadtraum Ost einsetzt. Es ist damit zu rechnen, dass die oben erwähnten Unbekannten bei den Infrastrukturplanungen im Umfeld des Stadtraum Ost erst in einigen Jahren mit der notwendigen Sicherheit beantwortet werden können.

Das Zeitfenster für grössere städtebauliche Entwicklungen in diesem Bereich beginnt voraussichtlich erst in 20 Jahren, unter anderem nach Verortung der Flächen für die Baustelleninstallation des S-Bahn-Herzstücks, sollte es irgendwann tatsächlich kommen, gegebenenfalls noch später. Eine detaillierte Gesamtplanung für den Stadtraum Ost ist deshalb kurzfristig noch nicht sinnvoll, zumal man abwarten sollte, wie die Areale Klybeck Plus, Klybeck Kleinhüningen, Volta Nord, Rosental, Dreispitz, Wolf, Walkeweg etc. entwickelt werden.

Das Gebiet soll bis dahin aber auch nicht eingefroren werden. Die Erkenntnisse der Ideenstudien ermöglichen es den kantonalen und kommunalen Fachstellen in der Zwischenzeit bei einzelnen kurzfristig anstehenden Vorhaben die langfristigen Entwicklungspotenziale im Stadtraum Ost zu berücksichtigen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, die Motionen Isler und von Wartburg stehen zu lassen und den Anzug Lüchinger abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bevor wir abstimmen, hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank auch für das letzte Votum. Ich denke auch, es ist ein Raum mit grossem Potenzial, insbesondere wenn eben die Haltestelle Solitude eröffnet ist. Und es geht hier wirklich um ein Weiterüberlegen. Wir sind uns absolut bewusst, dass es aufgrund des Abstimmungsergebnisses vor einigen Jahren eine sensible Frage ist, wie es mit diesem Stadtraum Ost weitergeht. Wir gehen deshalb auch sorgfältig vor. Wir haben jetzt mit dieser Ideenstudie Möglichkeiten ausgelotet, um sie dann eben mit Interessensgruppen zu spiegeln, und es ist klar, wenn es dann weitergeht, dann gibt es auch formelle Mitwirkungen. Diesen Auftrag zur Mitwirkung, auch diesen Auftrag zur Weiterentwicklung haben wir ja von Ihnen als Parlaments erhalten.

Nochmals, wir treiben das nicht unter Hochdruck voran, aber wir möchten dranbleiben. Es ist eine langfristige Option, auch weil es noch von Infrastrukturprojekten abhängt, weil wir uns eben auf dieses Gleisdreieck beim Rankhof konzentrieren möchten. Deshalb ist es eine langfristige Option, die wir weiterverfolgen möchten und wir wären Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie die beiden Motionen stehenlassen würden und den themenverwandten Anzug abschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über die Motionen einzeln ab. Es gibt den Antrag auf Fristerstreckung des Regierungsrates und es gibt einen Antrag auf Abschreiben von Harald Friedl. Zuerst stimmen wir über die Motion Beatrice Isler und Konsorten ab.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um zwei Jahre, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 24 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005712, 22.01.25 12:00:35]

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Fristerstreckung um zwei Jahre, 70 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und eine Enthaltung liegen vor.

38.1. Motion Christian von Wartburg und Sebastian Kölliker betreffend weg mit dem Rank, neue Ansätze für Wohnen am Rhein, Schreiben des RR

[22.01.25 12:01:10, 18.5410.05]

2/3-Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um zwei Jahre, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005714, 22.01.25 12:01:11]

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Fristerstreckung wird gewährt mit 68 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

38.2. Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend einer beispielhaften und ökologisch verträglichen Stadtrandentwicklung Ost, Schreiben des RR

[22.01.25 12:01:23, 14.5671.06]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Hier wurde kein anderer Antrag gestellt. Es liegt auch jetzt keine Wortmeldung vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Schluss der 50. Sitzung

12:01 Uhr